Einzelpreis 30 Pf. Halle, Donnerstag, den 16. September 1920. 31. Jahrgang • Nr. 217

Volksblatt

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105605. Hermann Schade

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Preußisches Verfassungstheater.

Die preußische Landesversammlung tagt nun seit dem März 1919, also geschlagene eineinhalb Jahre, aber die preußische Verfassung ist erst bis zu einer Lesung im Ausschusse gediehen. Wenn die Verschleppung so weiter geht, kommt sie auch in diesem Jahre noch nicht zustande. Jetzt will erst der Ausschuß ganz gemächlich mit der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfes beginnen. In der ersten Lesung hat der Ausschuß folgende Beschlüsse gefaßt: Preußen erhält eine Spitze in der Person des Landtagspräsidenten, dem das Recht zusteht, die Minister zu berufen. Die Anträge, einen besonderen preußischen Staatspräsidenten einzusetzen, wurden abgelehnt. Das Einkammersystem soll auch in Preußen gelten, ein Staatsrat, nicht, wie von einzelnen Seiten verlangt, berufsständig zusammengesetzt, sondern von den Provinziallandtagen nach dem Verhältniswahlsystem gewählt, überwacht Landtag sowohl wie Staatsministerium. Der Finanzrat, den die Regierung vorschlägt, ist abgelehnt worden. Was man eigentlich will, wissen die koalierten Regierungsparteien selber nicht. Nun kommt aus Berlin die Meldung, daß sich der Aeltestenrat der Landesversammlung mit der Geschäftslage befaßte. Er konnte sich nicht einigen, da die Regierungsparteien das Verschleppungstheater weiterspielen wollen. Nun soll nächsten Dienstag über die Frage beraten werden, ob die Verfassung überhaupt noch vor den Neuwahlen erledigt wird. Die Meinung der Mehrheitsparteien geht dahin, daß die Verfassung, das Wahlgesetz und verschiedene kleinere Vorlagen unbedingt erledigt werden müssen, daß alsdann aber den Neuwahlen „nichts mehr im Wege" steht, während die Deutschnationalen auf dem Standpunkt stehen, daß auch die Verfassung zurückgestellt werden muß, und daß sofort spätestens aber im November die Neuwahlen herbeizuführen sind. Während der Parteitage der verschiedenen Parteien sollen keine Sitzungen stattfinden, auch die Sonnabende und Montage sollen sitzungsfrei bleiben. So kommt man zu keinen Beschlüssen. Es wurstelt weiter!

Die preußische Landesversammlung ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Parlamente das Volk — an der Nase herumführen.

Und abermals neue Steuern!

Im preußischen Finanzministerium ist eine Denkschrift ausgearbeitet, die die preußischen Finanzverhältnisse als vollkommen zerrüttet dargestellt und dringend eine Sanierung des Finanzwesens fordert. Wie hilflos die Regierung dieser Situation gegenübersteht, erhellt am besten daraus, daß sie es nicht einmal soweit gebracht hat, bestimmte Steuerprojekte in Vorschlag zu bringen. Sie will, wie Berliner bürgerliche Blätter melden, zunächst durch Verhandlungen mit den Parteien die Grundlage für neue Steuergesetze schaffen. Außerdem wird zu dieser Angelegenheit mitgeteilt, daß nach Ansicht des Finanzministeriums die Steuerfrage noch unbedingt vor den Neuwahlen erledigt werden müsse.

Die Bevölkerung droht schon jetzt unter der Last der Reichsteuern zusammenzubrechen, obwohl man für die Riesensummen, die zur Dichtung des finanziellen Reichsleckes notwendig sind, noch nicht einmal die Wege gefunden, auf denen sie herbeigeholt werden können. Und schon naht der preußische Steuerfiskus mit neuen steuerlichen Daumenschrauben. Kann man denn in jenen Kreisen immer noch nicht einsehen, daß mit kapitalistischen Steuermaßnahmen das sinkende Staatsschifft nicht wieder flottzumachen ist?

•

Berlin, 16. September. In der Regierungspresse wird festgestellt, daß das preußische Finanzministerium bereits einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hat, der bestimmte Vorschläge für eine Deckung des Fehlbetrages des laufenden Jahres und der zu erwartenden Fehlbeträge der nächsten Jahre durch Erhebung von Landsteuern enthält.

Terrorismus gegen die Berliner sozialistische Mehrheit.

Berlin, 16. Sept. (Eigene Drahtmeldung.) Da alle bisherigen Versuche gescheitert sind, in der Magistratsbildung für das neue Groß-Berlin die sozialistische Mehrheit zum Nachgeben gegenüber bürgerlichen Interessenvertretungen zu bewegen, haben jetzt die Deutschnationalen in der Preußischen Landesversammlung beantragt, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes über die Gemeinde Groß-Berlin zu verschieben und bis zum Inkrafttreten jede weitere Ausführung zu unterbinden. Auf diese Weise hoffen sie, in stiller Spekulation auf die Spaltung der Unabhängigen Partei, verhindern zu können, daß der neue Magistrat dem bei den Stadtverordnetenwahlen ins Leben getretenen Mehrheitsverhältnis entsprechend zusammengesetzt wird.

Empört sind die Herrschaften besonders darüber, daß die sozialistische Mehrheit es „wagt", einen Sozialisten (den Genossen Dr. Löwenstein) zum Oberschulrat zu wählen. Das „brandmarken" sie als „Parteiherrschaft" und drohen mit dem Schulstreik der deutschnationalen Oberlehrer und der deutschnationalen — Kinder. Man sieht, wie frech die besitzenden Klassen werden, wenn das Volk nach seinem Willen entscheiden will. Die Sozialdemokraten haben in Berlin seit Jahrzehnten die Mehrheit, nur wurde diese Mehrheit durch das brutale Dreiklassensystem im Rathaus in eine hoffnungslose Minderheit verwandelt. Da blühte die Parteiherrschaft der Bürgerlichen ungestört. Die Sozialdemokraten haben bisher aber gegen die bürgerlichen Schulräte nicht zum Schulkinderstreik aufgehetzt, so wie es die Bürgerlichen jetzt gegen einen sozialistischen Schulrat machen. Und man beachte: Jetzt kann sich der sozialistische Schulrat auf den durch gleiches Wahlrecht untrüglich festgestellten Willen der Mehrheit des Berliner Volkes berufen, während früher die Schulräte nur eine kleine kapitalistisch-hausbesitzerliche Minderheit hinter sich hatten. Die jetzigen Berliner Kämpfe enthalten eine bedeutsame Lehre für das Proletariat.

•

Noch ein Anschlag! Die Deutschnationalen haben dem Berliner Tageblatt zufolge die Absicht, gemeinsam mit dem Zentrum eine Novelle zu dem Gesetz über Groß-Berlin einzubringen, in der verlangt werden soll, daß 12 der Magistratsmitglieder unbesoldet seien, d. h. nicht aus den Parteien bestimmt, sondern als „Fachleute" ins Amt gerufen werden müssen. — Da der kapitalistische Machtstaat durchweg nur Bürgerliche als „Fachleute" ausbildete (schon der hohen Kosten wegen), so will man auch durch diesen Schachzug den Volkswillen verfälschen.

Zur Beamten-Besoldungsreform.

Berlin, 16. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Zentralleitung der USP. tagte gestern mit dem aus Vertretern aller Bezirke Deutschlands zusammengesetzten Beamten-Beirat. Besprochen wurde zunächst die Besoldungsreform und dabei der Fortfall der in diesem Gesetz vorgesehenen drei ersten Klassen (der untersten) gefordert, da deren Einkommen nicht einmal dem Existenzminimum entspräche. An Stelle der 12-Klassen-Einteilung wurde eine Teilung in fünf Klassen verlangt.

Oberschlesien.

Polnische Operationspläne zur gewaltsamen Besetzung.

Berlin, 16. September. Am 14. September hat der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien dem Präsidenten der interalliierten Kommission in Oppeln, General Lerond, eine Note folgenden Inhalts übergeben:

„Die deutsche Regierung ist im Besitze von polnischen Operationsplänen und organisatorischen Verordnungen, die einen neuen Beweis für die Absicht einer gewaltsamen Besetzung Oberschlesiens durch eine geheime polnische Kampforganisation erbringen. Danach ist das gesamte Abstimmungsgebiet in 9 Bezirke gegliedert, die 74 Rayons umfassen. Jeder Rayon verfügt mindestens über eine Sturm- und eine Maschinengewehrzehnerschaft, um die sich Infanteriezehnerschaften gruppieren. Am 1. Juli zählte diese Organisation 11 736 Köpfe. Daneben bestehen besondere an die Rayons angegliederte Hilfsorganisationen, die sogenannten Sokols. Die Leitung der gesamten Organisation ruht bei dem obersten Kommando, das auf polnischem Boden in Sosnowice seinen Sitz hat und dem die Verständigung mit den polnischen höheren Behörden obliegt. Aufgabe der Organisation ist, sich des Hauptindustriebezirks mit den Kreisen Tarnowitz, Beuthen, Hindenburg, Kattowitz und Pleß zu bemächtigen. Insgesamt wurde Mitte Juli hierfür mit rund 10 000 Mann gerechnet. In enger Verbindung hiermit steht ein Aufmarschplan, nach welchem auf polnischem Boden bereitgestellte Streitkräfte sich zu gegebener Zeit des gesamten Abstimmungsgebiets bemächtigen sollen. In dem Operationsbefehl vom 11. Juli wird im Interesse der Geheimhaltung befohlen, es solle den eigenen Leuten vorgespiegelt werden, daß der Zweck der Organisation die Abwehr einer deutschen Ueberrumpelung sei.

Zum Schluß weist die Note darauf hin, daß ein schweres Verhängnis, für das die interalliierte Kommission die Verantwortung tragen würde, von dem Abstimmungsgebiet nicht mehr abzuwenden sei, wenn die polnischen Vorbereitungen nicht unterdrückt würden. Bei der polnischen Regierung, der Friedenskonferenz, dem Heiligen Stuhl, den Kabinetten in London, Paris und Rom seien die erforderlichen Schritte unternommen worden.

Ein polnischer Geheimbefehl über die neue Aktion wird von der Schlesischen Volkszeitung veröffentlicht. Er lautet:

Landesverteidigung Oberschlesien, Standort, 6. 9. 20.

Vertraulich!

Wie den Herren Kommandanten bekannt ist, bereiten wir uns zu einer neuen Aktion vor, die durch die Versammlung der Bezirkskommandanten beschlossen wurde. In dieser Angelegenheit ordne ich folgendes an:

1. Die Bezirke sind aufs neue zu organisieren und in Kompagnien einzuteilen.
2. Derartige Kompagnien umfassen 150 Mann; diese sind in drei Rotten zu teilen.
3. Bei jeder Kompagnie sind Stoßtrupps zu bilden, die sich aus fünfzehn bis zwanzig Leuten zusammensetzen. Der Zweck der Stoßtrupps ist den Herren Kommandanten bekannt.

Weitere Informationen erhalten die Kommandanten nach der Verfügung des Oberkommandanten.

Oberkommando: J. B. Zgierski.

Korfanty hatte dieser Tage geschrieben, falls etwa Geheimbefehle veröffentlicht würden, so seien sie gefälscht. Die deutsche Regierung scheint aber doch recht belastendes Material gegen die Polen zu haben.

Vom Krieg im Osten.

Im Generalstabsbericht der Polen heißt es: Im Raume von Sokal erkämpften sich unsere Truppen den Uebergang über den Bug; sie drangen nach schweren Kämpfen, in denen der Feind große Verluste erlitt, bis Tartakow vor und besetzten es. Unsere gegen die berittene Armee Budjennys kämpfenden Divisionen besetzten Wladimir-Wolhynsk. Am 13. September wurde Kowel von unseren Truppen besetzt, wobei 3000 Gefangene gemacht und 36 Geschütze, zwei Panzerzüge, drei Aeroplane, vier Lokomotiven, dreihundert Waggons und sehr viel Kriegsmaterial erbeutet wurden.

Vollmachten für den Friedensschluß.

Die Times melden aus Warschau, daß die nach Riga abgehende polnische Friedensdelegation Vollmachten erhält zur Unterzeichnung des vorläufigen Friedens, über den zugleich mit dem Waffenstillstand verhandelt werden soll.

Orgesch-Terror in Bayern.

München, 15. September. **Der Staatskommissar hat aus Gründen der öffentlichen Sicherheit die für heute angesetzte öffentliche Versammlung des Republikanischen Führerbundes verboten.**

Blitzartig beleuchtet diese kurze Meldung die Lage in Bayern: St. Escherich, der Organisator der Orgesch, gebietet offen über das Land, der Republikanische Führerbund dagegen ist vogelfrei und der verfassungsmäßigen Rechte beraubt. Die Weißen Garden können, allen offiziellen Ableugnungen zum Trotz, offen zur Gegenrevolution rüsten und den Sturz der Republik vorbereiten. Der Führerbund dagegen, der auf dem Boden der Verfassung steht, darf nicht einmal öffentliche Versammlungen abhalten.

Die Zustände in Bayern sind nicht nur ein öffentlicher Skandal, sie bedrohen vielmehr in schwerster Weise die innere und äußere Sicherhiet des Reiches. Wo bleibt hier die Reichsexekutive, die sonst gegenüber sozialistischen Landesregierungen so schnell bei der Hand war?

Für die Sozialisierung des Bergbaues!

Die Bergarbeiter erwachen!

Die Gutachten der Sozialisierungskommission über die Sozialisierung des Bergbaues haben, obwohl noch nicht veröffentlicht, den heftigen Widerstand der Unternehmer und ihrer Organisationen wachgerufen. In zahllosen Versammlungen und Eingaben laufen sie Sturm gegen diese Vorschläge, weil sie davon eine Beeinträchtigung ihres kapitalistischen Profitstrebens befürchten. Jetzt aber treten auch die Bergarbeiter auf den Plan. Sie, die in den vergangenen Jahren bereits mehrfach in großen Massenausständen sich die Sozialisierung des Bergbaues zu erkämpfen gesucht haben, wollen jetzt die ihnen durch das Spa-Abkommen in die Hand gegebene Macht ausnutzen, um die widerstrebenden Faktoren vorwärts zu treiben und eventl. die Sozialisierung des Bergbaues auch gegen ihren Willen erzwingen.

In den Bergarbeitern selbst lebte seit der Revolution der Gedanke der Sozialisierung immer. Aber die Organisationen der Bergarbeiter haben bei den Massenaktionen des vergangenen Jahres ihre Kraft nicht in dem Maße eingesetzt, die zur Durchsetzung dieser Forderung nötig war. Jetzt scheint sich eine Aenderung der Haltung der Organisationen anzubahnen. In den letzten Tagen hielt der alte Bergarbeiterverband eine mehrtägige Beratung über die aktuellen bergbauwirtschaftlichen Fragen ab. Alle deutschen Bergbaubezirke, auch die linksrheinischen, süddeutschen und schlesischen waren vertreten. Die Berichte der Bezirksvertreter stellten eine fortschreitende Entwicklung der Organisation fest, die am Schlusse des ersten Halbjahres 1920 schon 450 223 Mitglieder zählte und deren Mitgliederzahl noch weiter im Steigen begriffen ist. Eingehend wurde die Durchführung des Kohlenabkommens von Spa besprochen. Man betonte dabei allseitig, daß die Bergarbeiterwillens seien, die Kohlenablieferungen zu ermöglichen, weswegen bereits in fast allen Stein- und Braunkohlenrevieren Ueberschichten oder Ueberstunden verfahren werden. Eine Dauereinrichtung könne dies aber nicht sein; dazu reiche die infolge der jahrelangen schlechten Ernährung der Arbeiter gesunkene Körperkraft der Bergleute nicht aus. Wenn dieser gute Wille seitens der Entente nicht anerkannt und man Zwangsmaßregeln gegen die Bergleute ergreifen würde, dann seien die Belegschaften in allen westdeutschen Bergwerksbezirken fest entschlossen, wie schon in Genf erklärt worden sei, sich mit aller Kraft hartnäckig zur Wehr zu setzen, möge dann kommen, was wolle. Ueber die gleiche Stimmung wurde aus sämtlichen westdeutschen Bergwerksbezirken berichtet.

Aus den auf dieser Tagung erstatteten Berichten der Bezirksleitungen ging ganz deutlich hervor, daß die Bergarbeiter nunmehr die rasche Inangriffnahme der Bergbausozialisierung von der Regierung fordern. Die Verwirklichung dieser Forderung dürfe unter keinen Umständen auf die lange Bank geschoben werden. Die Bergarbeiter würden auch von dieser Forderung nicht ablassen und auch keine Scheinsozialisierung ruhig hinnehmen. Ihr Ziel sei die völlige Ausschaltung des privaten Profitsystems aus dem Bergbau. Eine in diesem Sinne gefaßte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Dringende Aufgabe der Unabhängigen Partei ist es, dieses Erwachen der Bergarbeiter mit allen Kräften zu fördern, die Organisationen der Bergarbeiter voranzutreiben, und dafür zu sorgen, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der sofortigen Sozialisierung des Bergbaues den Willen der Bergarbeiter so kräftigt, daß sie alle ihnen sich in den Weg stellenden Hindernisse überwinden.

•

Aufhetzung der Regierung gegen die Arbeiter!

Bochum, 15. September. **Seit dem 1. September ist die deutsche Kohlenlieferung an die Entente um fast 20 Prozent hinter den Spaer Verpflichtungen zurückgeblieben. Die Ententekommission in Berlin hat an den alliierten Rat Mitteilung über die kommunistische Agitation im Ruhrrevier gegen die Ausführungen des Abkommens von Spa gemacht. Sie betonte dabei besonders, daß die deutsche Regierung „keine Maßnahmen" gegen diese Agitation ergriffen habe und daß diese Haltung die Erfüllung des Kohlenabkommens ernstlich gefährde.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200916-12/fragment/page=0001

Preußische Landesversammlung.

151. Sitzung. **Mittwoch, den 15. September 1920.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Präsident Leinert auf die Lage in Oberschlesien und im Saarrevier aufmerksam, wo Vergewaltigungen und Bedrohungen der deutschen Bevölkerung vorgekommen sind. Die große politische Erregung in diesen Gegenden macht es erforderlich, daß auch die Landesversammlung dazu Stellung nimmt. Der Aeltestenrat hat beschlossen, am Freitag über diese Vergewaltigungen zu verhandeln. (Beifall.)

Ein Antrag Ad. Hoffmann (US.), die zweite und dritte Beratung des Kirchenaustrittsgesetzes von der Tagesordnung abzusetzen, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. — Die dritte Lesung kann heute nunmehr nicht mehr vorgenommen werden, da die Unabhängigen nach Ablehnung ihres Absetzungsantrages dagegen Widerspruch erheben.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes zur

Aufschließung von Steinkohlen,

wonach kleinere Felder in gewissen Gegenden auch Privaten zur Aufsuchung und Gewinnung der Steinkohle in der Weise überlassen werden können, daß sie die spätere Verleihung des Bergwerkseigentums an den Staat herbeizuführen haben, wogegen der Staat ihnen ganz oder teilweise die Ausbeutung überläßt.

Abg. Husemann (Soz.): Wir können dem Entwurf in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen. **Um eine Sozialisierung des Kohlenbergbaues kommen wir nicht herum.** Sie ist erst in diesem Jahre wieder von der Bergarbeiterkonferenz gefordert worden, auf der 450 000 deutsche Bergleute vertreten waren. Die Ausbeutung der Kohlenschätze darf nicht länger dem Privatkapital überlassen werden, sonst kann man den Bergarbeitern keine Ueberschichten mehr zumuten. Eine Steigerung der Produktion ist nur zu erwarten, wenn wir den Kohlenbergbau sozialisieren. Wir verlangen deshalb Beratung im Ausschuß für Handel und Gewerbe, damit wir das Gesetz nach unseren Forderungen abändern können.

Abg. Dr. Frentzel (Dem.): Der Staat ist zurzeit nicht in der Lage, die Aufschließungsarbeiten vorzunehmen. Wir müssen aber jetzt auch das geringste Kohlenvorkommen ausnutzen. Die Sozialisierung hat hiermit nichts zu tun und schreckt die Privatinitiative nur ab.

Auch die Abgg. Frhr. v. Wangenheim (DHann.), Rippel (Dn.) und Niestroy (Ztr.) wenden sich gegen die Sozialisierungsbestrebungen.

Abg. Ludwig (US.): Die Gewinne der Kohlenbarone stehen nicht nur auf dem Papier. Wir wollen möglichst schnell zur Besserung der entsetzlichen Not des Volkes beitragen. Aber wir wissen, daß notwendiger als ein hier gefaßter Sozialisierungsentschluß **die Aktion der Bergarbeiter,** auch der christlichen Bergarbeiter und ihrer Organisationen, **von außen her ist.** (Beifall b. d. US.)

Die Vorlage geht an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Donnerstag 12 Uhr: Ergänzungshaushalt, Anträge.

Zur Unterstützungsfrage des Daily Herald.

Berlin, 16. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der von Lloyd George gegen den sozialistischen Daily Herald in London erhobene Vorwurf, bolschewistisches Geld erhalten zu haben, wird dahin richtiggestellt, daß sich die 3. Internationale im vorigen Jahre bereit erklärt hatte, 75 000 Pfund Sterling zu zahlen, ohne in irgendeiner Art auf die Politik des Blattes Einfluß auszuüben. Das Geld befindet sich noch in Händen des Direktors des Blattes. Er erklärte von vornherein: bevor es angenommen würde, müßten erst die Leser, also die Parteigenossen, darum befragt werden. Der Amsterdamer Telegraph meldet ergänzend hierzu, daß die Direktion des Daily Herald beschlossen habe, das Geld nicht anzunehmen und den Direktor, der das Geld vorläufig in Verwahrung genommen hatte, zu entlassen.

Der Prozeß wegen Ermordung Tyszas.

Wien, 16. September. (Eigene Drahtmeldung.) Stephan Friedrich, der einstige Revolutionär, nachmaliger terroristischer Diktator in Ungarn, der wegen Anstiftung zur Ermordung des Grafen Tysza angeklagt war, hat noch einmal den Kopf aus der Schlinge ziehen können. Gestern fanden vor dem Kriegsgericht in Budapest die Verhandlungen statt. Drei Personen wurden wegen Mordes zum Tode verurteilt, eine zu 15 Jahren schwerem Kerker und eine zu drei Monaten Gefängnis. Stephan Friedrich ging frei aus, obwohl Horthy, der gegenwärtige Kronprätendent, ihn gern unschädlich gemacht hätte.

Der Stern der Demokraten im Verblassen.

Die Times melden aus Washington, daß die Demokraten, die Regierungspartei, bei den örtlichen Wahlen im Staate Maine eine vernichtende Niederlage erlitten haben. Der republikanische Gouverneur wurde mit einer Stimmenmehrheit von 60 000 gewählt. Alle Kongreßmitglieder und alle Behörden von Maine werden republikanisch sein. Die Unbeliebtheit Wilsons soll an der Niederlage der Demokraten schuld sein. Zweifellos werden die Republikaner gegenüber den an der Regierungskrippe fressenden Demokraten einen guten Stand haben. Aber wenn sie die Macht erobern, wirtschaften sie genau so!

Tagung der Knappschaftsberufsgenossenschaft.

Nürnberg, 15. September. Die das gesamte Deutsche Reich umfassende Knappschaftsberufsgenossenschaft hielt unter Teilnahme von 107 Vertretern hier ihre Genossenschaftsversammlung ab. Aus den Beschlüssen ist hervorzuheben: 2¾ Millionen Mark Darlehen wurden aus der Rücklage zu Erweiterungsbauten von Krankenhäusern bewilligt. Der Betriebsstock wurde um 15 Millionen Mark erhöht. Die Rücklage erreichte den Betrag von 111 Millionen Mark. Die Versicherungspflicht für Betriebsbeamte wurde bis zur Gehaltsgrenze von 35 000 Mark erweitert.

Dividendensegen.

Die Gardinenfabrik Plauen teilt in ihrem Geschäftsbericht 1919-20 mit, daß das Unternehmen im Berichtsjahr einen Reingewinn von 1 430 000 Mk. gegen 531 305 Mk. in dem dem Berichtsjahre voraufgegangenen Geschäftsjahre machte. Es wird eine Dividende von 30 Prozent gegen 25 Prozent im Vorjahr und außerdem ein Bonus von 150 Mk. vorgeschlagen. Diese Gewinne wurden gemacht, obwohl die Produktion im abgelaufenen Jahr infolge Kohlennot und Schwierigkeiten in der Rohmaterialbeschaffung „nicht im wünschenswerten Umfange" durchgeführt werden konnte. Trotz beschränkter Produktion Steigerung der Dividende von 25 auf 30 Prozent und außerdem einen Bonus von 150 Mark. Man sieht, für die Aktionäre haben die Wirtschaftsnöte höchst erträgliche Folgen gehabt.

Verband der Lungen- u. Tuberkulose-Erkrankten.

Man schreibt uns: Die kürzlich durch die Arbeiterpresse gegangene Aufforderung an die Lungen- und Tuberkuloseerkrankten Deutschlands, zwecks Zusammenschluß zu einer Tagung in Berlin zu erscheinen, hat einen verhältnismäßig guten Erfolg gezeitigt. Die erste Sitzung, die am 25. August bei Pilz in Berlin, Rostocker Straße 27, stattfand, war sehr gut besucht. Von vielen Heilstätten waren Delegationen anwesend, die über die teilweise traurigen Zustände Bericht erstatteten. Im allgemeinen wurde namentlich über die schlechten Ernährungsverhältnisse lebhaft Klage geführt.

Wie groß das Interesse an einem Zusammenschluß der mit der Proletarierkrankheit Behafteten ist, beweist auch die bis jetzt eingegangene erhebliche Zahl von Zuschriften aus dem ganzen Reiche. Nur nebenbei sei bemerkt, daß diese ein erschütterndes Bild von der traurigen Lage der Lungenkranken ergeben. Aber noch immer fehlt ein nicht unerheblicher Teil der Adressen der Patientenräte. Soll ganze Arbeit für die Erkrankten geleistet, soll vielen von ihnen die Gesundheit, und damit die für die Allgemeinheit so überaus notwendige **Schaffenskraft wiedergegeben werden, so ist möglichst schnelle organisatorische Erfassung aller Lungen- und Tuberkuloseerkrankten** dringend geboten.

Die nächste Tagung findet am Sonntag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Pilz, Berlin NW, Rostocker Straße 27, statt. Alle Patientenräte an den Heilstätten werden ersucht, eine Delegation abzuordnen oder schriftlich sich zu wenden an Paul Hennig, Berlin NW, Wiclefstraße 36. Die arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieser Notiz ersucht.

Notizen.

Die Brüsseler Konferenz. Havas berichtet aus London, auf der Brüsseler Konferenz an 24. September werden alle Staaten einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika durch je drei Delegierte vertreten sein. Deutschland, Oesterreich und Bulgarien werden eingeladen, Delegierte zu entsenden, die aber nur beratende Stimme haben sollen. — Die Genfer Konferenz soll zwar verschoben, aber nicht aufgehoben werden.

Der französische Präsident Deschanel ist so stark erkrankt, daß er nach der Rückkehr Millerands aus der Schweiz sein Amt niederlegen wird. Es findet dann sofort Neuwahl statt.

Aus Tschechien. Prag, 15. September. Der Präsident der Republik hat das neue Ministerium bereits ernannt. Ministerpräsident und Minister des Innern ist Cerny. Minister Dr. Benesch bleibt Minister des Aeußern. — Die Sozialistische Vertreterkonferenz beschloß gestern, **die Kommunisten aus der Partei auszuweisen.**

Serbien und Bulgarien. Belgrad, 15. September. Das Parlament hat nach dreitägiger Debatte heute mit 186 gegen 10 Stimmen den Friedensvertrag mit Bulgarien ratifiziert.

Teuerung.

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Wenn man die gegenwärtige Teuerung messen will, so kann man zwei Wege einschlagen: Endweder man stellt fest, was man vor dem Kriege gekauft hat, wieviel das damals gekostet hat und wieviel das heute kosten würde, oder man stellt fest, was man heute kauft, wieviel das heute kostet und wieviel das vor dem Kriege gekostet hätte. Beide Wege führen zu interessanten Ausblicken, aber keiner führt zum Ziele. Denn wenn man berechnet, was der Vorkriegsverbrauch heute kosten würde, so erscheint die Teuerung zu groß, da viele Dinge, die man früher in Mengen kaufte, weil sie besonders billig waren, heute besonders teuer sind. Berechnet man aber, was der heutige Verbrauch vor dem Kriege gekostet hätte, so erscheint die Teuerung zu klein, da viele Dinge, die man heute in Mengen kauft, weil sie verhältnismäßig billig sind, vor dem Kriege verhältnismäßig teuer waren. Trotzdem empfiehlt es sich, beide Wege zu gehen, denn sie führen zu den Grenzen, innerhalb deren die Wahrheit liegt. Aus diesem Gedankengang heraus habe ich im zweiten Juliheft des Getreuen Eckart berechnet: 1. Was haben sechs Schöneberger Arbeiterfamilien im April-Mai 1913 verzehrt?; was haben sie damals für diese Nahrungsmengen ausgegeben, und was hätte das im April-Mai 1920 gekostet? 2. Wieviel kostete das Existenzminimum der Ernährung von sechs solchen Familien im April-Mai 1920?; was hätten dieselben Nahrungsmittel im April-Mai 1913 gekostet?

1. Die Unterlagen für die Berechnung des Verbrauchs im April-Mai 1913 lieferten die Haushaltungsbücher, die von 53 Schöneberger Familien für das städtische statistische Amt geführt wurden. Für die Zwecke der vorliegenden Untersuchung wurden sechs Arbeiterehepaare mit insgesamt elf Kindern ausgewählt. Ihr Gesamtverbrauch für Ernährung betrug im April-Mai 1913 1293 Mk. Es ist unmöglich, an dieser Stelle die umfangreiche Tabelle, die die Ausgaben im einzelnen nachweist, abzudrucken. Sie zeigt insbesondere, wie mannigfaltig die Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung Groß-Berlins vor sieben Jahren war. Daß eine solche Ernährung einen starken Einfluß auf die geistige und gemütliche Verfassung der Bevölkerung ausüben mußte, liegt auf der Hand. Dies mögen vor allen diejenigen beherzigen, die immer noch nicht begreifen können, wieso eigentlich die „Mentalität" der großstädtischen Arbeiterschaft jetzt eine andere ist wie vor dem Kriege.

Heute ist es selbstverständlich ausgeschlossen, daß auch nur fünf Prozent der Groß-Berliner Bevölkerung sich so mannigfaltig ernähren könnten. Denn ein Teil der früher in großen Mengen verzehrten Nahrungsmittel ist inzwischen fast gänzlich vom Markt verschwunden. Will man also berechnen, was die Vorkriegsernährung der in diese Untersuchung einbezogenen sechs Familien heute kosten würde, so muß man notgedrungen gewisse Zusammenfassungen vornehmen. Denn es würde schließlich doch auf eine Zahlenspielerei hinauslaufen, wenn man berechnen wollte, wie groß der Aufwand einer Familie wäre, die sich heute darauf kaprizieren würde, bei einem Gesamtverbrauch von 169,8 Kilogramm Fleisch nun ausgerechnet soundsoviel Kilogramm Hammelfleisch, Schinken usw. zu essen. Man wird vielmehr so vorgehen müssen, daß man sagt: die 23 in die Untersuchung einbezogenen Personen verzehrten im April-Mai 1913 169,8 Kilogramm Fleisch für 362,75 Mk. Im April-Mai 1920 hatten 23 in gleichem Alter stehende Personen Anspruch auf 46,8 Kilogramm rationiertes Fleisch zu einem Preis von 1038 Mk. Wenn sie sich die übrigen 123 Kilogramm im Schleichhandel kauften, so hatten sie dafür, falls sie zur Hälfte Rindfleisch für 32 Mk. das Kilogramm und zur Hälfte Schweinefleisch für 40 Mk. das Kilogramm nahmen, 4427 Mk. aufzuwenden. Ihr Fleischverbrauch unter Zugrundelegung der im April-Mai 1913 verbrauchten Mengen kostete also 1038 Mk. + 4427 Mk. = 5465 Mk. In ähnlicher Weise bin ich für die anderen Nahrungsmittel verfahren, habe also z. B. alle Hülsenfrüchten zusamengefaßt, ebenso alle Mehle, alle Nährmittel usw. Dann ergibt sich eine Steigerung der Gesamtausgabe für Ernährung von 1293 Mk. im April-Mai 1913 auf 20 975 Mark im April-Mai 1920. Auf den Kopf und den Tag bedeutet das eine Steigerung von 92 Pf. auf 14,95 Mk. Eine Familie also, die sich zwar nicht so mannigfaltig und nicht so schmackhaft, aber doch ähnlich ernähren wollte wie vor sieben Jahren, müßte dafür im April-Mai 1920 den 16fachen Betrag ausgeben.

2. Um die umgekehrte Berechnung aufzumachen, d. h. um festzustellen, was der heutige Verbrauch vor dem Kriege gekostet hätte, habe ich zunächst ermittelt, welche Rationen an sechs Familien mit der entsprechenden Altersgliederung für April-Mai 1920 in Berlin-Schöneberg verteilt wurden, was diese Rationen tatsächlich kosteten, und was sie im April-Mai 1913 gekostet hätten. Da zeigt sich, daß die gleichen Mengen, die jetzt 4951 Mk. kosteten, vor 7 Jahren 406 Mk. erfordert hätten. Die Ration, die jetzt auf den Kopf und den Tag 5,58 Mk. kostete, hätte sich vor dem Kriege auf nur 29 Pf. gestellt. Diese Ration reichte aber natürlich nicht entfernt aus, um den Mindestbedarf eines erwachsenen Menschen zu decken. Der Nährwert, der den 23 Personen für die zwei Monate zustehenden Rationen betrug nämlich 2 337 000 Kalorien. Nach den Berechnungen von Zuntz brauchen nun 23 Personen der obigen Altersgliederung in zwei Monaten 3 294 000 Kalorien. Und es ist interessant, festzustellen, daß die von diesen 23 Personen im April-Mai 1913 verbrauchten Mengen einen Nährwert von 3 450 000 Kalorien hatten, also um 5 Prozent über den physiologischen Bedarf hinausgingen. Im April-Mai 1920 mußten mithin die 23 Personen, um ihr Existenzminimum zu decken, zu den Rationen noch Nahrungsmittel im Nährwert von 3 294 000 — 2 337 000 = 957 000 Kalorien hinzukaufen. Diese konnten sie sich billigst für 2878 Mk. gegenüber 201 Mk. vor sieben Jahren beschaffen. Im ganzen mußten also die sechs Familien im April-Mai 1920 mindestens 7829 Mk. für ihre Ernährung ausgeben. Die gleichen Mengen hätten im April-Mai 1913 nur 607 Mk. gekostet. Auf den Kopf und Tag bedeutet das eine Steigerung von 43 Pf. auf 5,58 Mk. Eine Familie also, die sich vor sieben Jahren so ernährt hatte, wie es im April-Mai 1920 am billigsten war, würde damals ein Dreizehntel soviel ausgegeben haben wie jetzt.

Ein Vergleich der Ergebnisse der beiden Berechnungsmethoden zeigt mithin, daß **die Ernährung in Groß-Berlin im April-Mai 1920 rund 15mal so teuer war, wie vor sieben Jahren.**

Aus der Partei.

Ein Aufrechter.

Die Freiheit widmet dem Genossen Fritz Kunert zum 70. Geburtstag folgende schönen Ausführungen:

Mitten in den Kämpfen um unsere letzten Ziele, mitten in den Meinungsstreit der revolutionären Arbeiterschaft fällt heute der 70. Geburtstag eines Mannes, für den in seinem ganzen langen politischen Leben nie ein Streit darüber bestand, daß man kämpfen und auf welchem Flügel man kämpfen müsse. Für Fritz Kunert war der politische Kampf unter Einsetzung seiner Existenz und eventuell auch seiner Persönlichkeit immer eine Selbstverständlichkeit, ja war ihm ein Bedürfnis.

In jungen Jahren Lehrer, kam er — aus einer Lehrerfamilie stammend — schon unter dem Sozialistengesetz dennoch zur Sozialdemokratie. Der junge, fähige Mann, dessen pädagogisches Talent und dessen strebsamer Fleiß die Anerkennung seiner Vorgesetzten fand, der seine Kenntnisse in langen Reisen in Südeuropa, Kleinasien, Nordafrika, Palästina und Arabien erweitert hatte, war ganz für die Karriere im Lehrfach geschaffen. Aber das Studium des Sozialismus rief ihn in die Reihen der Entrechteten; er bekannte sich offen zur Sozialdemokratie und mußte die Konsequenzen daraus ziehen.

Es folgte dann ein schweres, bitteres Ringen um die Existenz und die älteren unter den Berliner Arbeitern besinnen sich sicher noch des kleinen Zigarrenladens, in dem zwischen 1887 und 1889 der ehemalige Lehrer Kunert mühsam das tägliche Brot zu erwerben suchte, bis das Vertrauen der Genossen ihm eine auch nicht gerade glänzend bezahlte Stellung als Korrektor am damaligen Berliner Volksblatt verschaffte.

Vorübergehend war Fritz Kunert zu jener Zeit auch Lehrer in der Berliner Freireligiösen Gemeinde. Seine parlamentarischen Sporen verdiente er 1888—89 in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Wie Peitschenhiebe fielen die Reden des nun beinahe schon Vierzigjährigen zwischen die aufheulende Meute des damaligen liberalen Klüngels, der die Geschäfte der Stadt beherrschte und eifersüchtig darauf bedacht war, jeden neuen Geist, jeden frischen Hauch von draußen aus dem „Roten Hause" fernzuhalten, obgleich er sich selbst „fortschrittlich" nannte. Man lese noch heute seine damaligen Reden und man wird finden, daß sie auch jetzt noch aufreizend wirken müssen, noch jetzt — nach der Revolution — jene Reden, die unter dem Sozialistengesetz und ohne den Schutz parlamentarischer Immunität gehalten worden sind.

Dann zog der Ruf der Genossen Fritz Kunert in die schlesischen Gefilde. Er wurde Redakteur der Schlesischen Nachrichten und der Breslauer Volkswacht. 1894 wurde er dann Redaktionssekretär des Vorwärts, bis er aus Anlaß des Parteikonfliktes während der Kriegszeit seines Postens enthoben und auf die Straße gesetzt wurde. Seine Maßregelung fiel gerade in die schlimmste Zeit der Teuerung und verringerter Erwerbsmöglichkeiten für Kopfarbeiter. Fritz Kunert hatte wieder einmal seiner Ueberzeugung die Existenz zum Opfer bringen müssen!

Der Wackere hat auch das nicht bereut.

Seit 1890 war er mit kurzen Unterbrechungen Reichstagsabgeordneter, seit 1909 mit immer wachsender Stimmenzahl Vertreter des Wahlkreises Halle. In der Fraktion stand er stets auf dem linken Flügel. Das Schmerzlichste in seinem Leben war ihm im August 1914 die Zustimmung der Fraktion zum Kriege. Während der Abstimmung über die Kriegskredite verließ er den Saal.

Wo er nutzen konnte, hat Fritz Kunert auch den Tod nicht gefürchtet. In den Januarkämpfen 1918, bei denen die Berliner Arbeiterschaft der blauen Polizei zum ersten Male schlecht und schwach bewaffnet Widerstand leistete, hielt der im Kampf wieder jung gewordene inmitten der Arbeiterschaft stand. Fast hätte ihm das Schicksal Dittmanns geblüht, der damals verhaftet wurde, oder gar schlimmeres. Aber die Arbeiter schlossen einen festen Kreis um ihn, der unerkannt blieb. Tagelang eilte er von Fabrik zu Fabrik, von Versammlung zu Versammlung, machte stundenweite Wege zu Fuß, lag auf der Eisenbahn und rüttelte namentlich die Arbeiterschaft seines Wahlkreises Halle immer wieder auf.

Daß der Hallische Kreis eine Hochburg der Unabhängigen Sozialdemokratie wurde, ist nicht zuletzt Fritz Kunerts Verdienst.

Man kann nicht von Fritz Kunert sprechen und Marie Kunert unerwähnt lassen. Wenn der straffe Jüngling von 70 Jahren heut in ungebrochener Vollkraft seinen Jubeltag begehen kann, so hat seine Lebensgefährtin daran ein Verdienst, das nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Sie hat ihm in selbstlosester Weise alle Sorgen fernzuhalten gesucht; sie hat ihm bei seinen Materialsammlungen hilfreiche Hand geleistet; sie ist ihm Hausfrau und Genossin zugleich gewesen. Ja, als die Maßregelung am Vorwärts nach beinahe 25jähriger Tätigkeit auch einen anscheinend unabwendbaren pekuniären Schaden zu bringen drohte, nahm Marie Kunert ohne Wimperzucken eine ungewohnte anstrengende Erwerbstätigkeit auf, die über die Klippe hinaushelfen sollte und hinaushalf. —

Wie die Trennung der Arbeiterbewegung aus Anlaß der Kriegswirren unserem Fritz Kunert schmerzlich nahe ging, so ist ihm auch die Gefahr nicht gleichgültig, welche der Partei, an der er mit Leib und Seele hängt, aus den Moskauer Forderungen entstehen kann. Wenn er sich dahin ausgesprochen hat, daß die Unabhängige Sozialdemokratie diese Bedingungen nicht einzugehen vermag, sondern eine andere Grundlage für den Zusammenschluß mit Moskau gefunden werden müsse, so kann man an einer solchen Meinungsäußerung nicht achtlos vorübergehen, wie schließlich das letzte Urteil auch ausgehen möge.

Wir aber wissen, daß Fritz Kunert auch in Zukunft das reine Banner des Sozialismus vorantragen wird, in Hoffnung und in Nöten, in Zeiten des Frotschritts und des Stillstandes. Möge er uns noch recht lange Bannerträger sein.

Stellungnahme zur Internationale.

Aus Groß-Berlin.

Die politischen Kommissionen. In der Vollversammlung der Agitations- und politischen Kommissionen referierten am Sonnabend in der Bockbrauerei die Genossin Zietz gegen den Anschluß und der Genosse Eichhorn für den Anschluß an die 3. Internationale. Der Genossin Zietz fiel es sehr schwer, sich den Versammelten verständlich zu machen, während der Genosse Eichhorn mit der größten Ruhe angehört wurde. Beide referierten je zwei Stunden. Nach längerer Diskussion wurde folgende Entschließung gegen zehn Stimmen angenommen:

„Die am 11. September 1920 in der Bockbrauerei versammelten Mitglieder der Agitations- und politischen Kommissionen Groß-Berlins halten im Interesse der Weltrevolution den Anschluß an die 3. Internationale unter den vorliegenden Aufnahmebedingungen für erforderlich."

9. Distrikt. In der überfüllten Distrikts-Mitgliederversammlung referierte Genosse Däumig über: Wir und die 3. Internationale, als Korreferentin Genossin Zietz. Nach Diskussion wurde gegen 25 Stimmen eine Entschließung, die den Anschluß an die 3. Internationale unter Annahme der Bedingungen verlangt, angenommen.

Distrikt Niederbarnim-Ost. Auf einer Konferenz sämtlicher Ortschaften wurde gegen sechs Stimmen nachstehende Entschließung angenommen: „Die Distrikts-Konferenz Niederbarnim-Ost erklärt nach einem Referat des Genossen Viktor Stern, einem Korreferat des Genossen Brühl und nach ausgiebiger Diskussion den Anschluß der USPD. an die 3. Internationale als lebensnotwendig für die Fortführung der proletarischen Revolution in Deutschland und in der ganzen Welt. Sie erklärt sich mit den vom 2. Kongreß der 3. Internationale angenommenen Grundsätzen einverstanden und sieht auch in den Bedingungen notwendige Garantien, um aus der USPD. eine konsequente revolutionäre Kampfpartei zu machen, die nicht nur im Programm, sondern tatsächlich Bannerträgerin im proletarischen Befreiungskampf ist."

Schöneberg-Friedenau. In einer von 500 Mitgliedern besuchten Versammlung fand folgende Entschließung gegen wenige Stimmen Annahme: „Die USPD. Schöneberg-Friedenau stellt sich unter Anerkennung der 21 Punkte erneut auf den Boden der 3. Internationale und fordert den sofortigen Anschluß an dieselbe."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200916-12/fragment/page=0002

— Ein Teil der Anwesenden enthielt sich der Abstimmung. Für die Delegiertenwahlen zum Parteitage wurde Urabstimmung gefordert.

Bezirksvorstand Groß-Thüringen.

Am Montag tagte in Erfurt eine Konferenz des erweiterten Bezirksvorstandes der USPD. Groß-Thüringen, an der auch Vertreter der Arbeitsgebiete und Redaktionen, sowie die Genossin Wurm als Abgeordnete des Bezirks teilnahmen. Die Konferenz beschäftigte sich u. a. mit der politischen Lage und den Aufnahmebedingungen der 3. Internationale. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, den Parteigenossen des Bezirks die Ablehnung der Bedingungen zu empfehlen, weil sie undurchführbar seien. — Gegen die Bedingungen erklärten sich 18 Genossen, 5 stimmten für unbedingte Annahme.

Suhl.

In der wichtigsten Industriestadt des Kreises Schleusingen, in Suhl sprach in starkbesuchter Parteiversammlung Genosse Hehm für Annahme der Moskauer Bedingungen. Sechs Diskussionsredner machten Ausführungen im gleichen Sinne, nur ein Genosse erklärte sich gegen einige Einzelbestimmungen. Nach zweistündiger Diskussion wurde von den 350 anwesenden Mitgliedern einstimmig (nur der eine erwähnte Diskussionsredner enthielt sich der Stimme) folgende Entschließung gefaßt:

„Die in Suhl tagende, außerordentlich stark besuchte Parteiversammlung erklärt, daß sie den Zeitpunkt für gekommen hält, den Anschluß an die 3. Internationale zu vollziehen. Die aufgestellten Bedingungen in Moskau sind nicht so hart, als daß sie dazu angetan seien, den Anschluß an die 3. Internationale nicht zu vollziehen. Die Unabhängige Sozialdemokratie kann nur auf dem Wege der straffen Zentralisation die Revolutionierung der Proletariermassen vorwärts treiben. Die Parteiversammlung stellt sich daher auf den Boden des unbedingten Anschlusses an Moskau. Die Parteiversammlung erwartet, daß der im Oktober stattfindende Reichsparteitag sich dieser klaren Entscheidung anschließt. Als Delegierte zum Parteitag können nur Genossen in Frage kommen, die sich fest auf den Boden der 3. Internationale stellen.“ (Lebhaftes Bravo!)

Bremen.

In einer Mitgliederversammlung der USPD. Bremen, die von 3000 Personen besucht war, wurde gegen kaum hundert Stimmen folgende Entschließung angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der USPD. lehnt die Aufnahmebedingungen der 3. Internationale ab. Sie steht auf dem Standpunkte, daß nur durch den engsten Zusammenschluß aller auf revolutionärem Boden stehenden Arbeiter das Ziel des Sozialismus verwirklicht werden kann. Die Versammelten bedauern, daß die Aufnahmebedingungen der 3. Internationale dieses Bestreben in keiner Weise fördern, sondern im Gegenteil nur zu einer weiteren Zersplitterung des Proletariats und Schwächung seiner Macht führen müssen. Sie fordern von der Parteizentrale und dem Parteitag, kein Mittel unversucht zu lassen, um eine Einigung aller auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden sozialistischen Parteien zu vollziehen. Diese Vereinigung ist auf einer Grundlage aufzubauen, wobei das Selbstbestimmungsrecht und alle zu treffenden wichtigen Entscheidungen nicht lediglich einer Zentralinstanz, sondern in den Händen der Mitglieder liegt. Die Mitglieder des Ortsvereins Bremen erklären, daß sie nach wie vor bestrebt sein werden, die russischen Brüder in ihrem heldenhaften Kampfe zu unterstützen, und daß sie mit allen Kräften daran arbeiten werden, um den Sieg der Weltrevolution über den Weltimperialismus zu erlangen.“

Randow-Greifenhagen.

In diesem industriell und kulturell bedeutsamen pommerschen Kreise hat sich eine Mitgliederversammlung an zwei Abenden mit den Anschlußbedingungen befaßt. Nach lebhafter Aussprache wurde gegen eine erhebliche Minderheit eine Entschließung gefaßt, die sich für Annahme der Moskauer Bedingungen ausspricht. — Die Redaktion des Parteiblattes Der Kämpfer, Stettin, hat die Parteigenossen für Ablehnung zu gewinnen versucht, ebenso sprach der Bezirkssekretär Horn (Stettin) für Ablehnung. Die Mehrheit der Parteimitglieder entschied jedoch anders.

Bielefeld-Wiedenbrück.

In der am 12. September in Bielefeld stattgefundenen Kreisgeneralversammlung des Kreises Bielefeld-Wiedenbrück wurde folgende Entschließung mit übergroßer Mehrheit angenommen:

„Die Kreisgeneralversammlung des Kreises Bielefeld-Wiedenbrück steht voll und ganz auf dem Boden der vom 2. Kongreß der 3. Internationale gefaßten Beschlüsse und Leitsätze. Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Anschluß an die 3. Internationale sofort zu erfolgen hat. Der Anschluß darf nicht an der Person einiger Führer scheitern. Wer sich nicht zu den Leitsätzen der 3. Internationale bekennt, soll seine Konsequenzen ziehen, andernfalls Ausschluß erfolgen muß.

Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die antibolschewistische Propaganda des Genossen Dittmann, weil diese Propaganda konterrevolutionär ist und eine Schädigung für den internationalen Sozialismus zur Folge hat.

Literatur.

Der Arbeiter-Rat. Heft Nr. 36 Der Arbeiter-Rat ist erschienen. Aus dem Inhalt sei hervorgehoben: Vor dem Rätekongreß von Ernst Däumig. Die eiserne Internationale von Richard Müller. Leitsätze der 3 Internationale über die Agrarfrage. Aus dem Wirtschaftsleben. Bemerkungen zur Währungsfrage von Bruno Asch. In eigener Sache. Mitteilungen für die Betriebsräte. Bücherschau. — Der Arbeiter-Rat ist zu beziehen durch das zuständige Postamt am jeweiligen Wohnort, sowie durch die Parteiorganisationen.

Eine neue Zeitschrift. Die Genossen Ernst Däumig, Kurt Geyer und Walter Stoecker geben ab 1. Oktober eine zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift die Kommunistische Rundschau heraus. Bekannte Genossen des In- und Auslandes haben sich zur Mitarbeit bereit erklärt. Wegen der Abonnementsbedingungen verweisen wir auf das Inserat in der heutigen Nummer.

Generalversammlung der Eisenbahner.

Dresden, den 14. September 1920.

Der Erfurter Zwischenfall.

Es ist folgendes Telegramm aus Erfurt eingegangen:

„Kühn verhaftet, Demonstration vor Amtsgericht stattgefunden, ohne Erfolg. Weitere Aktionen sind zu erwarten. Verbandstag muß Stellung nehmen.“

Der Vorsitzende teilt mit, daß eine Delegation aus Erfurt eingetroffen ist, die dem Verbandstag Material vorzulegen hat. Es wird beschlossen, zur Prüfung der Verhältnisse eine Kommission zu wählen, der die Erfurter ihr Material vortragen sollen. Sodann wird eine Resolution vorgelegt, die folgenden Wortlaut hat:

„Die außerordentliche Generalversammlung des DEV. verurteilt auf das Entschiedenste die Entlassung der Kollegen in Erfurt und die etwa noch zu erwartenden Entlassungen in andern Orten von Kollegen, die nur im Sinne des internationalen Gewerkschaftsbeschlusses, hinsichtlich der Kontrolle der Transporte gehandelt haben. Kommt die neutralitätsbrüchige Regierung der Forderung nicht nach, so werden die Eisenbahner ihre Solidarität mit den Entlassenen durch alle zweckdienlichen Mittel zum Ausdruck bringen und den Kampf, der ihnen vom Minister durch seine Haltung aufgezwungen wurde, aufnehmen.“

Zur Kontrolle der Bahn liegt folgende Entschließung vor:

„Die Generalversammlung des DEV. beauftragt die Kontrollkommissionen, daß sie die Ueberwachung des Verkehrs nach wie vor nach den Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbundes vornehmen, daß sie Richtlinien der Reichsregierung nur soweit anerkenne, soweit sie sich mit ersteren Richtlinien decken.“

Zur Sichtung der strittigen Fragen zieht sich die Kommission zurück und es wird einstweilen das

Korreferat

des Kollegen Stüber (Elberfeld) entgegengenommen. Der Redner erörtert zunächst die Lohnpolitik des Verbandes, die den Interessen der Eisenbahner nicht allenthalben entsprochen hat. Selbstverständlich zetern die Bürgerlichen über das große Defizit der Eisenbahnen, doch sei es grundfalsch, darauf Rücksicht zu nehmen. Denn für das Defizit der Bahnen sind andere Ursachen maßgebend, als die angebliche Begehrlichkeit der Arbeiter. Man wende sich an die Kriegsanzettler und die Revolutionsgewinnler. Das Existenzminimum der Eisenbahner ist in keiner Weise gewährleistet. Der Verschleppungspolitik der Regierung ist zuviel Rechnung getragen worden. Auch in bezug auf die Entlassungen bei den Werkstättenschließungen müsse eine durchaus reaktionäre Politik der bürgerlichen Parteien und der Regierung festgestellt werden. Zwar werde immer gesagt, es solle keine Politik getrieben werden, doch wenn man sehe, daß in großen Werkstätten aus durchsichtigen Gründen bis zu 97 % der Entlassenen USP.-Leute waren, dann weiß man, wo und wie Politik getrieben wird. Angesichts der Mißstände und der ungeheuren Notlage der Eisenbahner verurteilt es Redner, daß gegen Mitglieder vorgegangen worden ist, die sich einmal nicht genau an die Beschlüsse gehalten haben. Wenn es hie und da zu Einzelaktionen gekommen ist, so war das verständlich. Man müsse die Verwerflichkeit des Gedingeverfahrens ansehen; den Umstand, daß dabei nicht die Tüchtigkeit der Arbeiter maßgebend ist, sondern Kriecherei und Protektion, wenn etwas verdient werden soll, um die Erregung weiter Eisenbahnerkreise zu begreifen. Man müsse bedenken, daß ein Teil Werkstätten geschlossen worden ist, obwohl Arbeit genug vorhanden war. Man hat überdies zur selben Zeit die Arbeiten an die Privatindustrie vergeben. Große Summen sind ausgegeben worden, aber die gelieferten Artikel waren zum guten Teil nicht gebrauchsfertig. Kein Wunder! Sind doch die meisten Regierungsräte bei der Eisenbahn in der Privatindustrie als Aktionäre materiell interessiert. Redner tritt für die Einheit der Organisation ein und kann es nicht billigen, daß durch Einzelaktionen die Arbeiten von Lohnkommissionen gestört werden. Warum sind aber die Kollegen mit dem Reichslohntarif nicht zufrieden? Weil er, abgesehen davon, daß der Lohn überhaupt zu niedrig gesetzt ist, eine ungerechte Gruppeneinteilung enthält und auch für die Kollegen der besetzten Gebiete große Ungerechtigkeiten enthält. Die jetzige Teilung nach Wirtschaftsklassen bedürfe ebenfalls der Kritik.

Die Arbeiten der Gewerkschaft, so führt Redner zum Schluß aus, dürfen das Tempo der Güterzüge, wie bisher, nicht beibehalten, auch Schnellzugspolitik werde nicht förderlich sein, aber der Mittelweg müsse gewählt werden. Kritik sei nötig, gerade um auch den letzten Eisenbahner dem Verbande zuzuführen! (Stürmischer Beifall.)

Als Redner der Gegner der Opposition erhält Schrader (Lehrte) eine Stunde Redezeit. Er führt aus, daß Stüber keine oppositionelle Rede gehalten habe. Die Gegner der Opposition haben die Haltung des Vorstandes viel schärfer kritisiert. Die wirtschaftlichen Fragen müssen von einer höheren Warte behandelt werden, als das von dem Korreferenten geschehen ist. Redner empfiehlt die Sozialisierung der dazu reifen Betriebe, warnt aber vor der Zerstörung wirtschaftlicher Werte durch ungeeignete Maßnahmen.

Nachdem das Vorstandsmitglied Apitzsch den Bericht der zur Untersuchung der Erfurter und Stuttgarter Vorgänge eingesetzten elfgliedrigen Kommission gegeben hat, werden folgende Entschließungen angenommen:

I.

„Die Generalversammlung des DEV. ist unter allen Umständen gewillt, die Neutralität zu wahren und die Waffenverschiebungen zur Stärkung der Reaktion im In- und Auslande zu hindern. Sie empfiehlt den Eisenbahnern folgende Richtlinien zur praktischen Durchführung: Die Kontrolle auf dem Eisenbahngelände übernehmen die Eisenbahner einzig und allein selbst. Die uns durch den Friedensvertrag aufgezwungenen Konventionalzüge müssen durchgelassen werden. Die Transporte für die Regierung dürfen nur gefahren werden, wenn der dazu gehörige Frachtbrief mit laufender Nummer der Genehmigungsverfügung, Unterschrift und Siegel des Reichswehrministeriums oder der höchsten Polizeistelle des Landes versehen ist. Die ziffernmäßige Angabe ist in Worten auszudrücken. Auch die Art des Inhalts ist genau zu deklarieren. Auf allen örtlichen Dienststellen, sowie auf den Direktionen haben sich Kommissionen Art des Inhalts ist genau zu deklarieren. Auf allen örtlichen Wird eine Einstimmigkeit auf einer Dienststelle nicht erzielt, so ist die Kommission auf der Direktion anzurufen. Herrscht auch dort keine Einmütigkeit, so entscheidet der Entwaffnungskommissar gemeinsam mit den Gewerkschaften endgültig.“

II.

„Die Vernichtung der Munition in Erfurt ist auf das Schuldkonto der Reichsregierung zu setzen, weil sie es versäumt hat, im Benehmen mit den Organisationen — trotz deren Drängens — bestimmte und klare Richtlinien rechtzeitig herauszugeben. Dadurch, daß das Reichswehrministerium ein diesbezügliches Telegramm der Vertreter der Erfurter Eisenbahner nicht beantwortet hat, sind dieselben zu der Auffassung gekommen, daß den verantwortlichen Instanzen nichts an der Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Aufrechterhaltung der Neutralität lag. Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn die Erfurter Kollegen, von dem Willen beseelt, Menschenschlachten zu verhindern, über das Ziel hinausgeschossen haben. Die Kommission ist der Ueberzeugung, daß es Pflicht der Organisation ist, die Wiedereinstellung des zu Unrecht entlassenen Kollegen Keßler mit allen Mitteln zu betreiben. Desgleichen soll der Verbandsvorstand für die Enthaftung und Wiedereinstellung der beiden anderen Kollegen mit aller Entschiedenheit wirken.

Aus der Provinz.

Sangerhausen. „Lasset die Kindlein zu mir kommen,“ so soll Christus zu seinen Jüngern gesprochen haben. Und heute erleben wir das traurige Schauspiel, daß durch das Verhalten der „Christen“ Tausende von Kindern der Industriezentren hungern müssen und infolge der Unterernährung dem dauernden Siechtum verfallen. Denn lieber verkaufen die christlichen Agrarier ihre Eier, Milch und Butter für teures Geld den Schiebern, anstatt daß sie für die notleidenden Kinder nur einen Bruchteil zu etwas billigeren Preisen abgeben. Unzählige Säuglinge gehen zugrunde, weil Milch fehlt. Auf der anderen Seite füttern diese Christen ihre Schweine, Hunde und Katzen damit. Und die frischen Hakenkreuzler fressen die Sahne in den Cafés der Großstädte und in den Bädern topfweise. Wer die Not der Großstadt und das Elend der Proletarierkinder kennt, der braucht nicht erst Christ zu sein, um helfend einzugreifen. Diese Not hat auch das Hallische Jugendamt erkannt und versuchte nun in unserem so fruchtbaren Kreise für einige Hundert besonders bedürftige Kinder Menschen zu finden, die bereit wären, sich dieser unglücklichen Geschöpfe anzunehmen. Und siehe da, von den Tausenden „christlichen“ Großbauern des ganzen Kreises meldeten sich im ganzen — acht; darunter sind sogar noch zwei Arbeiterfamilien. So sieht es also mit dem praktischen Christentum dieser Leute aus! Selbst die Herren Pfarrer des Kreises, die Wohnungen bis zu 15 Zimmern haben, sind nicht unter denen, die nach dem oben zitierten Christuswort handelten, sondern für sie gilt der Grundsatz: „Richtet euch nur nach meinen Worten und nicht nach meinen Taten.“

Sangerhausen. Auch ein „Bodenreformer“. Der „Boden- und Lehmreformer“ Dr. Schmidt fühlt sich wieder einmal veranlaßt, im Sangerhäuser Käseblättchen in Erinnerung zu bringen. Wir möchten dazu bemerken, daß, wenn Dr. Schmidt wirklich praktische Vorschläge machen kann, so soll er sie den maßgebenden Stellen unterbreiten. Dazu ist er freilich nicht in der Lage. In der letzten Sitzung der Siedlungskommission haben nämlich nicht nur die Vertreter der USP., sondern auch die Bürgerlichen erklären müssen, daß Dr. Schmidt unfähig ist, wirklich praktische Vorschläge im Siedlungswesen zu machen. Oder meint vielleicht der Herr Lehmdoktor, daß die Stadtverordneten so töricht sind und den Landgeiern, die bereits im Besitz von zwei und mehr Morgen Land sind, noch mehr auf 30 Jahre zur Verfügung stellen? Nein, Herr Schmidt, wenn man Sozialdemokraten Vorschläge machen will, muß man über praktische Erfahrung verfügen und nicht nur über Phrasen. Soweit die Stadtverwaltung über Land verfügte, hat sie dies an unbemittelte Leute abgegeben und wird es auch weiterhin tun, aber nicht im Sinne der Bodenreformer, die nur zum Schaden der Besitzlosen ihre Tätigkeit auffassen. Wenn die Stadtverwaltung zur Ueberzeugung gelangt, daß die Lehmbauten einen Vorteil für die Einwohnerschaft bieten, dann wird sie diese im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung herstellen lassen und nicht im Interesse derjenigen, die da glauben, durch „Dummheit und Gutgläubigkeit“ der Stadtverordneten sich einen persönlichen Vorteil zu verschaffen. Wir verzichten gern auf den Dank des Herrn Schmidt und seiner Anhänger, wenn wir der Ueberzeugung sind, etwas für die Arbeiterschaft getan zu haben. Zur Frage der Diakonissenstation erklären wir, um das Gedächtnis des jungen Mannes aufzufrischen, nochmals, daß wir uns eine Schwester, und zwar eine wirkliche weltliche Schwester vom Kreiswohlfahrtsamt für die Stadt Sangerhausen gesichert haben. Nur eins möchten wir den Arbeitern noch ans Herz legen: Wer sich auf Lehm-Schmidt verläßt, der ist — verlassen.

Hohlstedt. Oeffentliche Volksversammlung. Am Freitag, den 10. d. M., sprach Genosse Franke (Sangerhausen) in einer von der USPD. einberufenen öffentlichen Volksversammlung über: Die politische Lage im Spiegel der sozialistischen Weltanschauung. Der Referent verstand es, den Versammelten die historische Entwicklung der sozialistischen Weltanschauung vor Augen zu führen. Der Kampf zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Weltanschauung sei zu vollster Schärfe entbrannt. Die politische und wirtschaftliche Situation Deutschlands und der heroische Befreiungskampf des russischen Proletariats seien treffende Beispiele dafür. Der lebhafte Beifall der Versammlung bewies, daß Genosse Franke mit seinem Vortrag allen aus dem Herzen gesprochen hatte.

Artern. Idyllische Zustände am Bahnhof. Unzählige Reisende stehen Tag für Tag an der geschlossenen Bahnsperre und warten geduldig, bis der Zug einläuft; dann wird erst die Sperre geöffnet. Schier unbeschreiblich ist das Gedränge am Morgen, wenn gleichzeitig zwei Züge einlaufen. Die zahlreichen Reisenden, die mit den beiden Zügen abgefertigt werden müssen, drängen und schieben sich oft derart durcheinander, daß die größte Unordnung entsteht. Dabei kann man oft recht unliebsame Szenen beobachten. Jeder einigermaßen vernünftige Mensch fragt sich, warum denn die Sperre nicht 10 Minuten vor Ankunft des Zuges geöffnet wird. Muß man denn wirklich die Betriebsleitung erst mit der Nase darauf stoßen, bevor dieser unhaltbare Zustand beseitigt wird?

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Paul Hennig; für Wirtschaftliches, Gewerkschaftliches und Unterhaltungsblatt: Karl Bock; für Halle und Saalkreis: Werner Scholem; für Aus der Provinz und Versammlungsberichte: Hans Bohla; für Anzeigen: Fritz Krob; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Wichtige Mitteilung für alle Leser!

Die ungeheure Nervenanspannung des Weltkrieges und seiner Folgen kann ohne Schaden nur gutgemacht werden, wenn die Gesundheitspflege zur höchsten Aufgabe gemacht wird. Aber die Unwissenheit auf dem Gebiete der Gesundheitspflege und Heilkunde ist geradezu beängstigend. Es gibt keine Statistik darüber, wie viele Menschen an Krankheiten sterben, die sie aus Schamgefühl vor der Behandlung des Arztes verheimlichen, wie viele unter dem Drucke dieses unwürdigen Zustandes leiden und wie viele bei rechtzeitiger Aufklärung gerettet würden. Treten nicht die meisten Menschen leichtsinnig in die Ehe, ohne jede Kenntnis der Pflichten gegen sich selbst und ihre künftige Familie, von den Eltern über die wichtigsten Aufgaben des Ehelebens total im Dunkeln gelassen? In keinem Haushalte sollte daher fehlen:

Platen. Die neue Heilmethode.

Mit über 2000 Seiten Text, 601 Textabbildungen, 62 Chromo- und Kunsttafeln, 10 farbigen zerlegbaren Modellen, darunter Mann und Frau, jedes in 1/2 natürl. Größe.
Preis in 3 hocheleganten Bänden 180,— Mark.
Ich liefere alle 3 Bände sofort vollständig geg. Teilzahlungen von nur 20,— Mark. — Bestellschein nebenstehend.

Paul Haupt, Humboldt-Buchhandlung, Berlin N 20,
Grüntbaler Straße 23. Postscheckkonto 50 237.

Eingehend behandelt sind: Ansteckende Krankheiten — Afterjucken — Ausbleiben der Menstruation — Ausfluß — Befruchtung — Blutungen — Behandlung der Brüste — Cholera — Dammriß — Diphterie — Fieber — Fehlgeburt — Frühgeburt — Geburtshilfe — Gallensteine — Gelenkrheumatismus — Geschlechtsleben u. Geschlechtskrankheiten — Gicht — Grippe — Hämorrhoiden — Krebs — Kindbettfieber — sämtliche Leber- u. Lungenkrankheiten — Tuberkulose — Langlebigkeit — Leistenbruch — Masern — Pocken — Scharlach — Scheidenkrankheiten — Schwangerschaft — Schönheitspflege — Wassersucht — Weißer Fluß — Wochenbett — Wechseljahre — Zahnkrankheiten — Alle akuten und chronischen Krankheiten sowie erste Hilfe bei Unglücksfällen. — Behandelt sind auch die so gräßlichen Hautkrankheiten, wie Schuppenflechte — fressende Flechte — nässende Flechte — Lippenflechte — Gürtelrose u. Skrofulose.

Bestellschein gefl. ausschneiden, mit 10 Pf.-Marke in offenem Briefumschlag einsenden.

Ich bestelle hiermit bei der *1901

Humboldt-Buchhandlung — Paul Haupt
Berlin N 20, Grünthaler Straße 23.

Platen. Die neue Heilmethode.

Preis 180,— Mk., einschl. Teuerungszuschlag — Teilzahlungen 20,— Mk. — — Postzahlkarten kostenlos.
Erfüllungsort Berlin.

Ort (Post) und Datum: ....
Straße und Hausnummer: ....
Name und Stand: ....

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200916-12/fragment/page=0003

Versammlungs-Anzeiger VGBD.

Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9—1 und 4—7 Uhr. — Sonnabends nachmittags geschlossen. — Fernsprecher 1473.

Mitgliederversammlungen.

Könnern.
Sonnabend, den 18. September 1920, abends 8 Uhr, im Bürgergarten.

Riemberg und Umgegend.
Sonnabend, den 18. September 1920, abends 8 Uhr, im Gasthaus Leibner.

Schiepzig.
Sonnabend, den 18. September 1920, abends 8 Uhr, im Gasthof Dorenberg.

Krosigk.
Freitag, den 17. September 1920, abends 8 Uhr, im Gasthof Dohle.

Lochau.
Sonnabend, den 18. September 1920, abends 8 Uhr, im Gasthof Schulze.

Tagesordnung:
Unsere Stellungnahme zur 3. Internationale.

Referenten die Genossen Krüger, Krauße, Richter, Driebusch, Hildebrandt, Jänicke.

Der Vorstand.

Bei dem letzten Kinderausflug ist ein Klemmer mit Futteral verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, denselben im Sekretariat abzugeben. 3653

Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher, Gemeindevertreter.

Die Sitzung der
Kommunalen Beratungsstelle
findet nicht am Sonntag, den 19. September, sondern am Sonntag, 26. September statt.

In **Halle**
findet am Sonntag, den 19. September, die
Kalenderverbreitung statt.

Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich am Sonntag von früh 8 Uhr an den Distriktsführern in den Distriktslokalen zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen.

Der Vorstand.

Leipziger Strasse 88.

3636 Fernruf 1224.

Ab Freitag, den 17. September 1920:

Vorführung: 4.50, 7.00, 9.20.

Vorführung: 4.50, 7.00, 9.20.

oder: **Der Leutnant vom 9. Lanzerregiment.**
Grosses Zirkus- und Wildwest-Drama in 5 Akten (nach Art des Kindersaub im Zirkus Buffalo).

Leo Peukert in d. Lustspiel in 3 Akten **Er, sie und der Dackel.**

Die neuesten Wochenberichte. — Beginn 4 Uhr.

Unsere Vorstellungen beginnen **Sonntags** wieder **3 Uhr.** — Kassenöffnung 2½ Uhr.
Wochentags bis 5 Uhr **kleine** Preise bei vollem Programm. — Eintrittskarten haben nur am Tage der Lösung Gültigkeit.

U.T

Alte Promenade 11a.

Fernruf 5738.

Ab Freitag, den 17. September 1920:

Das Gesetz der Wüste.

Großer Sensationsfilm in 6 spannungsvollen Kapiteln.
In den Hauptrollen:
Emil Mamelock, Heinrich Peer.

Vorführung: **4.20, 6.30, 8.50.**

Leo Peukert
in dem einaktigen Schwank:

Eine Partie 66.

Vorführung: **4.10, 6.20, 8.30.**

Karlsruhe, die Stadt im Grünen.

Beginn 4 Uhr.

Chesterfield,
Sport-Zigaretten,
Camel, Happi Hit, T. u. B.
Poststr. 6, Karl Gimpel.
3607

Gr. Ulrichstraße 51.

Licht-Spiele

Fernspr. 4681.

Ab Freitag! Alleiniges Erstaufführungsrecht für Halle!

Friedrich Zelnik

in seinem **gewaltigen, spannenden** Abenteuer-Filmwerk:

„Der Abenteurer von Paris!"

3655 Ein Erlebnis in 6 Akten.
Spielt in **Paris und Kalifornien.**
Vorführung: **4.35, 6.40, 8.50.**

Ferner:

Liebe und ... Koffer.

Eine **lustige Geschichte** in 3 Akten mit **Thea Steinbrecher.**

Wochentags Beginn 5 Uhr, Einlaß 8½ Uhr Sonntags Beginn 3 Uhr, Einlaß 2½ Uhr.

W.L.T.

Walhalla-Lichtspiel-Theater

Ab Freitag, den 17. September 1920:

Judex!

Das Rätsel der Kriminalistik.

26 spannende Akte in 6 Abteilungen. :: 6 Wochen fortlaufend.

Erste Abteilung:
Der geheimnisvolle Schatten. — Die Sühne.

Der Schauspieler der Herzogin.

Schauspiel in 5 Akten.
In den Hauptrollen: **Käthe Dorsch, Harry Liedtke, Heinrich Schroth, Poldi Müller.**

Nur noch heute: „Prinz Kuckuck"

Helle, gute Normal-Hemden

klein mittel groß
55,00 57,50 60,00

Graue Männer-Hemden
39,00 Mk. 3657

Dauerwäsche-Vertrieb
Kleiner Berlin 2,
1 Treppe, Eing. Sternstraße.

Nähmaschinen

auf Wunsch leichtere Zahlungsbedingungen.
3656
Karl Möller, Schmeerstr. 1

Abbruchmaterial.

Sofort bis 1. Oktober 1920 zu verkaufen.
Lagerplatz Ecke Triftstr. u. Mozartstr.:
Stall- u. Lattentüren, Bretter-torweg, Ausgüsse, Heuraufen.
Brennholz, pro Zentner 9,— Mark.
1 zerlegbare Baubude, 2,50×3,00.
Verkaufszeit von 8—12 und 2—5 Uhr. 3606
Otto Richter,
Gartenstadt Rietleben. Telephon 1810.

Geschäfts-Uebernahme.

Der geehrten Einwohnerschaft zur Kenntnis, daß wir das 3647
Kolonialwarengeschäft Friedrichstr. 18
von Herrn **Richard Sachse** übernommen haben.
Gestützt durch langjährige Erfahrungen versichern wir unserer werten Kundschaft, nur mit erstklassiger Ware und größter Aufmerksamkeit zu dienen, und bitten um freundlichen Zuspruch.
Edmund Asche und Frau geb. Reiter,
Friedrichstrasse 18.

Ansichts-Postkarten empfiehlt: Die Volksbuchhandlung.

Burgtheater

Grosse Gosenstrasse 12. 3643

Morgen, Freitag:
Eröffnungsvorstellung
Henny-Porten-Zyklus
beginnt mit Madame und Probiermamsell.
Beginn 1. Freitag neues Programm.
Wochentags 6 Uhr und Sonntags 3 Uhr.

Mein Theater ist technisch sowie räumlich modern und erstklassig reseviert.

Heute morgen entschlief nach schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Ida Matthäi.

Dies zeigen schmerzerfüllt an:
Die trauernden Hinterbliebenen.
Halle (Saale), den 15. September 1920.
Liebenauerstraße 166.
Die Beerdigung findet Sonnabend ½3 Uhr auf dem Südfriedhof statt. 3639

Vorzügliche
Rot- u. Weißweine
Nordhäuser,
Rum, Arrak,
Kognak
empfiehlt 2774
A. O. André,
Wörmlitzer Str. 12.
Fernruf 1193.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Bräutigams
Otto Strube,
sage ich allen für die herzliche Teilnahme innigsten Dank.
Klara Bunk,
3645 als Braut.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192009 16-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 16. September 1920.

Die Aufgaben der politischen Arbeiterräte

sollen heute abend in einer großen Sitzung sämtlicher Funktionäre der Gewerkschaften, der USP., KPD. und der revolutionären Vertrauensleute besprochen werden. Die Frage, ob jetzt politische Arbeiterräte nötig und möglich sind, und welche Funktionen sie vor der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat auszuüben haben, ist nicht dadurch zu lösen, daß man ohne weiteres für oder wider die Wahl eintritt. Deshalb haben die maßgebenden Körperschaften der USP. und KPD. beschlossen, dem Genossen Fritz Heckert (Chemnitz) das Referat über diese Frage zu übertragen. Heute abend um 7½ Uhr beginnt die Versammlung im großen Volksparksaal. Auch diese Frage muß geklärt werden.

•

Die Funktionäre der KPD., welche noch keine Einlaßkarte zur Vollversammlung haben, können diese heute abend von 6 bis 7½ Uhr im Volkspark (Rauchzimmer) in Empfang nehmen.

Ein Propaganda-Sonntag.

Unser Parteiwesen ist Kampf und Propaganda für den Kampf. Immer neue Streiter müssen gewonnen, immer neue Rekruten geschult werden für die große Armee, die den Sozialismus erringen will. Keine taktische Auseinandersetzung enthebt uns der Pflicht zur agitatorischen Arbeit! Im Gegenteil: Gerade wer um den Weg der Partei besorgt ist, hat die Pflicht, unermüdlich an der Vergrößerung der Scharen zu arbeiten, die seine Anschauungen vertreten sollen.

Am nächsten Sonntag werden die Hallischen Genossen den diesjährigen Volkskalender zur Verbreitung bringen. Unsere alte Agitationswaffe wird uns auch in diesem Jahre gute Dienste tun, um gerade bei denjenigen Massen, die der Politik noch völlig verständnislos gegenüberstehen, jenen Funken des Geistes zu wecken, der dann zur Flamme revolutionärer Begeisterung angefacht werden muß. Die diesjährige Zahl des Kalender-Umsatzes muß alles bisher auf dem Gebiet des Broschüren-Vertriebes Geleistete in den Schatten stellen.

Aber nicht allein dem Volkskalender gehört der nächste Sonntag. Noch eine andere ungeheuer wichtige Waffe soll noch mehr geschärft werden: Es gilt, eine umfassende Volksblatt-Agitation zu betreiben. Jeder, der Kalender umsetzt, muß seine Käufer fragen, ob sie Volksblattleser sind oder ob sie noch die Gifterzeugnisse des Kapitals, die bürgerliche Presse in ihrer Wohnung dulden. Diese Proletarier müssen überzeugt werden, daß das Volksblatt, welches sich journalistisch gewiß mit jedem großen bürgerlichen Blatt messen kann, ihre Interessen vertritt und deshalb von ihnen unterstützt werden muß. Bei den Frauen, die so gern den Unterhaltungsteil der Generalanzeigerpresse lesen, wird ein Hinweis auf unsere täglich erscheinende Beilage: Leben — Wissen — Kunst seine Wirkung gewiß nicht verfehlen. Gegenüber der Vielseitigkeit des Inhaltes kann man die verhältnismäßige Billigkeit des Bezugspreises hervorheben. Wir sind gewiß, wenn jeder Genosse am kommenden Sonntag einmal die Gleichgültigkeit überwindet, jeder nur mit einem seiner Hausgenossen spricht, der noch nicht das Volksblatt liest, so wird es möglich sein, zu unserer jetzt schon sehr gestiegenen Abonnentenzahl Tausende hinzuzufügen.

Unsere russischen Genossen haben bei der Arbeit für den Aufbau der Sowjet-Republik kommunistische Sonnabende eingeführt, bei denen freiwillig begeisterte Genossen für die Besserung der Verhältnisse ihre Kräfte einsetzen. Für uns ist der nächste Sonntag dasselbe: Freiwillig, aber der Stimme der Pflicht als Kämpfer folgend, werden sich unsere Genossen bemühen, unser Heer durch unermüdliche Kleinarbeit zu stärken.

Warum die Schuhe so teuer sind?

Unter dieser Stichmarke schreibt Dr. Erich Schoirer im Vorwärts:

Im Reichswirtschaftsrat ist festgestellt worden, daß an den heutigen Preisen die Löhne nur mit einem Zehntel, die Materialpreise mit neun Zehntel beteiligt seien. Außerdem ist auf die übermäßigen Fabrikationsgewinne hingewiesen worden.

Auf Grund der Fachblätter und der Mitteilungen eines branchekundigen Mannes möchte ich hier ein praktisches Beispiel zu diesen Sätzen aus der Schuhindustrie veröffentlichen.

Von den Vertretern der gesamten Leder- und Schuhwirtschaft sind kürzlich in Frankfurt (Main) Richtpreise für Schuhwaren festgesetzt worden. Danach soll ein besserer Boxkalf-Herrenstiefel künftig kosten: ab Fabrik 222 Mk., ab Händler 260 Mk. Diesen Richtpreisen sind als Rohmaterialpreise zugrunde gelegt worden: für den Quadratfuß Boxkalf-Oberleder 25 Mk., für das Kilo Bodenleder (Vache) 55—65 Mk.

Die Kalkulation eines Boxkalfstiefels vom Januar 1920 stellt sich folgendermaßen dar:

Oberleder: 3 Quadratfuß Boxkalf, je 65 Mk.	195,— Mk.
Bodenleder: 6.0 Gramm Vache, je 160 Mk.	104,— „
Kleinmaterial: Futter, Oesen usw. . . .	25,— „
Arbeitslohn.	16,— „
	340,— Mk.
12 % Unkosten und Gewinn des Fabrikanten	40,80 „
	380,80 Mk.
Preis ab Fabrik	
25 % Händlerspesen	95,20 „
Januar-Verkaufspreis	476,— Mk.

Unter Einsetzung der Rohmaterialienpreise, die neuerdings zugrunde gelegt werden sollen und eher zu hoch als zu niedrig gegriffen sind wie überhaupt in dieser Aufstellung die sämtlichen Herstellungskosten einschließlich Arbeitslohn eher zu hoch als zu niedrig veranschlagt sind würde sich folgendes Bild der Kalkulation eines Boxkalf-Stiefels im Juli 1920 ergeben:

Oberleder: 3 Quadratfuß Boxkalf, je 25 Mk.	75,— Mk.
Bodenleder: 650 Gramm Vache, je 60 Mk.	39,— „
Kleinmaterial: Futter, Oesen usw.	25,— „
Arbeitslohn	16,— „
	155,— Mk.
12 % Unkosten und Gewinn des Fabrikanten	18,60 „
	173,60 Mk.
Preis ab Fabrik	
25 % Händlerspesen	43,60 „
Juli-Verkaufspreis	217,20 Mk.

Man vergleiche die Preise mit den oben angegebenen Richtpreisen und wird eine Differenz von über 40 Mark pro Paar feststellen können, die als unberechtigter Gewinn des Fabrikanten erscheinen müssen.

Eine Schuhfabrik mit 500 Arbeitern produziert in der Woche etwa 7500, im Monat etwa 32 000, im Jahr etwa 375 000 Paar Stiefel. Nehmen wir an, daß der Fabrikant am einzelnen Paar Stiefel bloß 10 Mk. verdient, dann ergibt das schon 3 750 000 Mk. Nun ist das aber ohne Zweifel viel zu wenig; und der auf Grund der „Richtpreise“ nach obiger Rechnung sich ergebende unberechtigte Ueberverdienst würde bei einer Jahresproduktion von 375 000 Paar bloß 15 Millionen Mark ausmachen. Dabei sind die Konjunkturgewinne aus günstigen Rohmaterialieneinkauf, die im letzten Jahr gemacht wurden, gar nicht in Rechnung gezogen worden. Man versteht, daß Kommerzienrat Wallerstein von den „guten Zeiten“ sprechen konnte, die die Schuhindustrie hinter sich habe. Weniger begründet dagegen erscheint der Ausspruch desselben Führers der Schuhindustrie, den er kürzlich im Reichswirtschaftsrat getan hat, daß in dieser Industrie von „unangenehmen Gewinnen“ nicht die Rede sein könne.

* **Sozialistische Proletarierjugend.** Heute abend 7 Uhr im Mozartsaal außerordentliche Mitgliederversammlung. Da zu sehr wichtigen Fragen Stellung genommen wird, muß jedes Mitglied erscheinen. Die Mitgliedskarte ist vorzuzeigen.

* **Die Kommunistische Studentengruppe,** deren Mitglieder die Pflicht von Funktionären der Kommunistischen Partei bzw. Freien sozialistischen Jugend in den Betrieben der Hochschulen übernehmen, sieht innerhalb der Gesamtbewegung ihre besondere Aufgabe in revolutionärer Schulung von Studenten, kommunistischer Propaganda unter den Kopfarbeitern und wissenschaftlich kommunistischer Arbeit. In der Erkenntnis der unlösbaren Abhängigkeit des gesamten Bildungswesens von dem kapitalistischen Charakter der heutigen Gesellschaft lehnt sie die studentisch isolierte, revolutionär unentschiedene Hochschulreform-Bewegung der sozialistischen Studentengruppen ab. Die Hochschulen sind nicht nur durch die Auswahl der Dezernenten und Studenten, sondern auch ihrem wissenschaftlichen Inhalt nach bürgerlich klassenmäßig bestimmt. Die Grundlage zu einer nach Form und Inhalt von kommunistischem Geist getragenen Bildungsstätte und zur Befreiung der Wissenschaft von bürgerlicher Ideologie, kann erst die soziale Revolution schaffen. Ihren endgültigen Sieg zu erleichtern dadurch, daß sich eine Schar kommunistischer Techniker, Aerzte, Nationalökonomen mit uns in die Kampffront des revolutionären Proletariats einreiht; das ist demnach unsere Hauptaufgabe. Wir bitten alle kommunistischen Studenten und Geistesarbeiter Deutschlands und Deutschösterreichs zur Unterstützung unserer Arbeit mit uns in Verbindung zu treten. Als nächstes planen wir für Ende September, voraussichtlich in Berlin, eine Zusammenkunft zwecks engerer Fühlungnahme, Erfahrungsaustausch und Aussprache über die künftige Arbeit. **Meldungen, Anfragen und Vorschläge bis auf weiteres für Halle im Jugendheim der FSJD. Rathausstraße 16, part.** Genossen, helft uns bei dieser für die kommunistische Bewegung wichtigen Arbeit.

USP.

Stadtverordneten-Fraktion. Freitag, abends 7 Uhr, im Stadthaus: Fraktionssitzung.

* **Transportarbeiterverband.** Zu der am Freitag, den 17. d. M., abends ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Harz 42-44, stattfindenden Versammlung aller unserer Betriebsratsmitglieder und Betriebsobleute wird hierdurch nochmals hingewiesen. Alle in Frage kommenden Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Legitimation ist mitzubringen. Zur Tagesordnung steht: Der 1. Betriebsrätekongreß in Berlin und evtl. Aufstellung von Kandidaten dazu. Die Ortsverwaltung.

* **Metallarbeiter.** Die Abrechnung der Obleute der Betriebsräte findet Freitag, den 17. September, abends 6 bis 8 Uhr im Gewerkschaftshause statt. — Montag, den 20. September, abends 7 Uhr, findet im Volkspark eine Vollversammlung der Betriebsräte statt. Wir bitten die Kollegen, recht zahlreich zu erscheinen, da äußerst wichtige Angelegenheiten zu beraten sind.

Prov. Reviergruppenrat.

* **Auf dem Wege zur Verständigung.** Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Metallarbeiter nahmen in ihrer Sitzung am 14. September zum wiederholten Male Stellung zu der Kündigung des Kollegen Rößler. Auf Vorschlag der von den Betriebsräten eingesetzten Kommission, die gemeinsam mit der Ortsverwaltung und dem Kollegen Rößler über sein Verbleiben verhandeln sollte, wurde folgende Resolution nach kurzer Debatte einstimmig angenommen: „Die am 14. September versammelten Betriebsräte und Vertrauensleute ersuchen den Kollegen Rößler, im Interesse der Hallischen Metallarbeiter auf seinem Posten als 1. Bevollmächtigter zu verbleiben und die Verbandsgeschäfte wie bisher weiterzuführen. Trotz der Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Zusammenfassung der Betriebsräte und bezüglich der Bedingungen von Moskau haben die Metallarbeiter zu Rößler nach wie vor volles Vertrauen, und weisen die Verdächtigungen einzelner in der Presse und in Versammlungen als niedrige und die Bewegung vergiftende Kampfesweise gegenüber Gesinnungsgenossen zurück.“ — Kollege Rößler gab am Schlusse der Sitzung die Erklärung ab, daß er es sich überlegen wolle, ob er bleibe. — Zu dem am 5. und 6. Oktober in Berlin stattfindenden Rätekongreß wurde Koll. Bretschneider mit großer Mehrheit als Delegierter gewählt. — Am 25. September findet im Volkspark eine vom Vorstand einberufene Bezirkskonferenz der Betriebsräte statt, zu welcher aus den wichtigsten Industriegruppen folgende Kollegen als Delegierte gewählt wurden: O. Müller Metallarbeiter, R. Häntzsch, Former P. Reinicke, Schlosser, R. Bolm, Schlosser, P. Rusloff, Kesselschmied, H. Fechtel, Metallformer, Fr. Bretschneider, Schlosser, O. Schwenkhammer, Dreher, Karl Wernicke, Schlosser, W. Zopf, Elektromonteur, M. Hintsch, Mechaniker, Karl Wagner, Bauschlosser. — Nach Erledigung der Arbeitsordnung und nach Beschlußfassung, die Genossin Toni Sender zur Ausbildung der Betriebsräte um Vorträge zu ersuchen, sowie Besprechung einiger anderer Angelegenheiten, wurde die Sitzung geschlossen.

* **Im Dienste gegen die Teuerung.** Wer möchte heute noch bestreiten, daß unsere deutschen Konsumvereine einen Schutzwall gegen die Teuerung bilden. Nicht in dem Sinne, daß sie vermöchten, der Teuerung Einhalt zu tun; sicher aber in dem Sinne, daß ihr Dasein dazu beiträgt, die Bäume der Teuerung nicht in den Profithimmel wachsen zu lassen. Sie zu unterstützen, ihr Kaufkraft zuzuführen statt zu entziehen, ist das Gebot der Stunde! Die konsumgenossenschaftliche Tätigkeit war während des Krieges eingeschnürt und beginnt sich erst jetzt wieder zu entfalten. In der Wahrung der Konsumenteninteressen sind die Konsumvereine zeitweise weiter gegangen, als sie es eigentlich durften. Indem sie die Waren entsprechend dem Einkaufspreise billig verkauften, vermochten sie sich für den Erlös nicht wieder die gleiche Menge Waren zu beschaffen. Sie haben dadurch ihre Kapitalkraft geschwächt. Jetzt heißt es, ihnen wieder Käufer und Sparer zuzuführen. Jeder ersparte Groschen gehört jetzt in den Konsumverein. Gegen eine Welt von Feinden behaupteten sich auch die armen Weber von Rochdale.

* **Ein liebenswürdiger Hauswirt.** Wir haben es immer für unsere Pflicht gehalten, im Interesse der Mieter uns gegen Uebergriffe von Hausbesitzern zu wenden, die wie kleine Herrgötter auftreten und glauben, daß die Mieter nur für sie da sind. Um wie viel mehr ist eine solche Kritik in der heutigen Zeit notwendig, wo der Mieter im allgemeinen an die Wohnung, die er inne hat, gefesselt ist, und wo ihm daher Uebergriffe irgendeines Herrn, der sich als Hauspascha fühlt, ganz besonders das Leben verbittern. Ein solch angenehmer Herr scheint nach übereinstimmenden Angaben von verschiedenen Seiten ein Hausbesitzer in der Kleinen Brauhausstraße zu sein. Dieser liebenswürdige Herr, Jänicke geheißen, scheint kein Kinderfreund zu sein, denn er bekommt gewöhnlich Wutanfälle, wenn sich die Kinder seiner Mieter irgendwie bemerkbar machen. Bei den schlechten Wohnverhältnissen einer Proletarierfamilie ist es aber leider unmöglich, die Kinder immer in der Wohnung zu halten. Herr Jänicke müßte bessere hygienische Verhältnisse in seinem Hause schaffen, dann würden auch die Kinder nicht im Hause herumzulaufen brauchen. Wenn es nach diesem Herrn ginge, so würden z. B. die Kinderwagen nicht über die Treppe auf die Straße gebracht werden, sondern sie müßten mit Stricken aus dem Fenster herausspediert werden. Wenn ein Kind im Hause mal nach seiner Mutter ruft, so zeigt sich gleich das holde Antlitz des Hauswirtes, aus dem die liebenswürdigsten Redensarten heraussprudeln. Gegen die Mieter selbst ist der Herr von einer Grobheit, die höchstens noch von seinen Mietsätzen übertroffen wird. Für eine Wohnung, bestehend aus Stube, kleiner Kammer und kleiner Küche, in der sich eine Familie mit fünf Kindern zusammendrängen muß, ohne Korridor, ohne Bodenkammer, ohne Licht, ohne Wasserspülung, werden 415 Mk. Miete verlangt. Das sind alles Verhältnisse, um die sich das Wohnungsamt doch einmal bekümmern sollte!

* **Schluß mit der Kartoffelrationierung.** Mit dem gestrigen Tage erreichte die Zwangswirtschaft für Kartoffeln ihr Ende. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hat nun nicht mehr die Gemeinde, sondern jeder Einzelne selbst zu sorgen. Nur, um Notständen vorzubeugen, wird von den Kommunen eine kleine Vorratswirtschaft verlangt. Ihnen wurde die Verpflichtung auferlegt, von der Reichskartoffelstelle einen Teil Kartoffeln abzunehmen, die das Reich von den Landwirten schon im Frühjahr für einen teuren Preis gekauft hat.

Jeder Haushaltungsvorstand muß nun nach Möglichkeit sich für den Winter mit Kartoffeln sichern. Bei der Eindeckung empfiehlt es sich, nur genügend ausgereifte Herbstkartoffeln zu verwenden. Es ist ferner bei der Eindeckung darauf zu achten, daß den Verkäufern nicht Preise bewilligt werden, die über den Tagespreis liegen. Jeder sei sich bewußt, daß nach dem Wegfall der öffentlichen Bewirtschaftung eine zu dringende Nachfrage leicht dahin führen kann, übermäßige Preise hervorzurufen, die unter Umständen dauernd das Preisniveau zuungunsten der Käufer beeinflussen können.

* **Mundfäule.** Nach Beobachtung der Zahnkliniken haben in letzter Zeit die Krankheitsfälle an Stomatitis weiter zugenommen. Die Bevölkerung wird daher erneut auf diese Erscheinung aufmerksam gemacht und auf die in Frage kommenden Vorbeugungsmaßnahmen hingewiesen. Zur Verhütung der Krankheit ist erforderlich: peinliche Reinhaltung von Mund und Zähnen durch Gebrauch der Zahnbürste und Ausspülen des Mundes mit desinfizierenden Mundwässern, besonders nach dem Essen. Auch das Eß- und Trinkgeschirr muß sorgfältig gereinigt werden, nicht nur im Haushalt, sondern namentlich auch in den Gastwirtschaften. Kranke müssen ihr eigenes Trink- und Eßgeschirr, Waschgerät, Hand- und Mundtuch haben, nicht nur zu Hause, sondern auch außerhalb auf der Arbeitsstätte. Anderenfalls würden sie ihre Krankheit auf die Umgebung übertragen. Die Zuziehung eines Arztes oder Zahnarztes ist zu empfehlen.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, abend 7½ Uhr gelangt das Drama Und das Licht scheinet in der Finsternis, von Leo Tolstoi, zur Erstaufführung. Freitag wird das deutsche Märchen Königskinder, von Rosmer, mit der Musik von Humperdinck, gegeben. Sonnabend: Hoheit tanzt Walzer. Sonntagnachmittag 3 Uhr, Volksvorstellung: Femina, Lustspiel von Rossem und Soesman. Sonntag abend 7 Uhr: Tannhäuser. Montag: Als ich noch im Flügelkleide.

* **Ein Kind überfahren.** Beim Spielen geriet in der Trothaer Straße ein Schulknabe unter einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen. Der Knabe, der am Kopf und an einem Beine schwer verletzt unter dem Straßenbahnwagen hervorgezogen wurde, ist mit einem anderen Straßenbahnwagen der Klinik zugeführt worden.

Morl. Für die 3. Internationale. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung der USP. in Morl referierte Genosse Bohla (Halle) am 14. September über die Moskauer Bedingungen, deren Annahme er empfahl. Von der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Mitgliederversammlung der USP. in Morl sieht in dem Anschluß an die Moskauer 3. Internationale einzig und allein den Weg, auf welchem der Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse zum Siege geführt werden kann. Die Bedingungen der 3. Internationale zeigen klar den Geist, welcher in ihr herrscht und den wir nur in unserem Kampfe gebrauchen können. Die Ortsgruppe Morl erwartet daher vom kommenden Parteitag, daß er sich voll und ganz hinter die 3. Internationale stellt.“

Ammendorf. Betriebsunfall. Am Montag, abends 9 Uhr, verunglückte der Bergmann Friedrich Feige aus Osendorf auf der Grube von der Heydt. Er wurde beim Auflegen eines Riemens auf die Transmissionswelle von der Riemenscheibe erfaßt, wobei ihm beide Beine gebrochen wurden. Außerdem erlitt er noch innere Verletzungen, so daß er in bewußtlosem Zustande dem Krankenhause zugeführt werden mußte. Die Ursachen zu diesem bedauerlichen Unfall konnten bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Ob die Schutzvorrichtungen nicht in Ordnung waren, oder ob ihm infolge der in Maschinenräumen üblichen und hauptsächlich unter der Decke wahrnehmbaren üblen Atmosphäre unwohl wurde, muß die Untersuchung ergeben.

Aus der Provinz.

Steuerabzug und Landarbeiter.

Es herrscht immer noch wenig Klarheit über den Abzug der Steuer vom Lohn. Der Abzug darf nicht vom Gesamtverdienst vorgenommen werden. Deputatempfänger machen wir darauf aufmerksam, daß der Barlohn mit dem Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge zusammengerechnet wird. Die Natural- und Sachbezüge (dazu gehört auch Wohnung und Beköstigung) werden, solange keine Festsetzung des Finanzamtes vorliegt, mit höchstens 5 Mk. für den Tag 30 Mk. für die Woche, 125 Mk. für den Monat gewertet; bis zur Festsetzung durch das Landesfinanzamt sind die Lohntarifvereinbarungen, oder, wenn solche nicht vorliegen, die vom Versicherungsamt festgesetzten Ortspreise zugrunde zu legen. Von dem Verdienst eines Unverheirateten sind monatlich 125 Mk. sowie seine Beiträge für die Versicherungsgesetze, für seine Gewerkschaft, Partei usw. steuerfrei. Dem Steuerabzug unterworfen ist erst der Verdienst, der nach Abzug des steuerfreien Einkommens verbleibt. Von diesem Teil des Verdienstes werden 10 Prozent abgezogen.

Nehmen wir an, der Unverheiratete, der in Kost und Logis beim Gutsbesitzer ist, hat einen Barverdienst von monatlich 100 Mk. Dazu werden zugerechnet der Wert von Kost und Wohnung im Betrage von höchstens 125 Mk. monatlich. Sein Gesamteinkommen beträgt 225 Mk. monatlich. Es gehen davon ab 125 Mk. sowie etwa 15 Mk. Beiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung, für den Verband, für den politischen Verein usw. Die Aufrechnung sieht folgendermaßen aus:

Gesamtverdienst	225,— Mk.
ab	125,— Mk.
ab	15,— „
Rest	85,— „
10prozentiger Steuerabzug	8,50 Mk.

In diesem Falle beträgt also die Steuer monatlich 8,50 Mk., die vom Lohn abgezogen wird. Es kann an der Hand seines Einkommens und seiner Beiträge für die Versicherungsgesetze jeder selbst berechnen, was ihm vom Lohn abzuziehen ist.

Bei den Verheirateten sind steuerfrei vom Gesamtverdienst des Mannes 125 Mk., je 40 Mk. monatlich für die Frau sowie für jedes Kind, das noch nicht erwerbsfähig ist, und die Beiträge für die Versicherungsgesetze, für den gewerkschaftlichen Verband und für die politische Partei.

Nehmen wir an, daß der Verheiratete Frau und drei Kinder und einen Barverdienst von monatlich 400 Mk. hat. Dazu kommt noch das Deputat im Werte von 125 Mk. Das Gesamteinkommen beträgt somit 525 Mk. monatlich.

Hier sieht die Steuerrechnung wie folgt aus:

Gesamteinkommen	525,— Mk.
Davon gehen ab für den Mann	125,— Mk.
„ „ „ „ die Frau	40,— „
„ „ „ „ jedes Kind 40 Mk. mal 3 .	120,— „
Beiträge	25,— „
Rest	215,— Mk.
10 prozentiger Steuerabzug	21,50 Mk.

Dem Verheirateten mit Frau und drei Kindern dürfen also nur 21,50 Mk. Steuern monatlich vom Lohn abgezogen werden. Jede

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200916-12/fragment/page=0005
DFG

Verbraucher sollte auf Grund dieses Beispiels darauf achten, daß ihm nicht zu viel abgezogen wird. Der Unternehmer hat Steuermarken in die Steuerkarte zu kleben und zu entwerten, indem er das Datum auf die Marke schreibt. Bei Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten ist das Finanzamt anzurufen.

An die Betriebsräte des Bezirks Mitteldeutschland!

Nach einer Rücksprache mit der Bezirksleitung der USP. hat sich der Aufruf in Nr. 216 des Volksblattes dahingehend erledigt, daß er vom Pressedienst der Zentralleitung nur für diejenigen Bezirke Anwendung findet, wo eine selbständige Räteorganisation nicht besteht. Es gilt hier den letzten Absatz vom Aufruf des Geschäftsführenden Ausschusses, der WRO. vom 9. September zu beobachten, in dem es heißt: Es kann nicht ein Rätesystem irgend einer parteipolitischen oder gewerkschaftlichen Richtung geben, sondern das Rätesystem muß aufgebaut sein im Geiste der revolutionären Arbeiterschaft und getragen von ihrem revolutionären Willen. Deshalb ersuchen wir nochmals alle Organisationen des Bezirks, sofort die Wahlen zu dem am 5. Oktober stattfindenden Reichskongreß der Betriebsräte durchzuführen und die Delegierten sofort der Zentrale des Bezirks, Halle, Harz 42/44, Zimmer 10, zu melden. Den Betriebsräten wollen wir ebenfalls nochmals zurufen: Wählt nur Kolleagen, welche auch in Berlin für die Selbständigkeit der Betriebsräte eintreten! Ein Konferenz aller zum Kongreß delegierten Betriebsräte wird noch vorher im Bezirk einberufen.

Der Geschäftsführende Ausschuß der WRO.

Radefeld. Einbruchsdiebstahl. Am Montagmorgen kurz nach 4 Uhr wurde beim Arbeiter Frenzel hier ein frecher Diebstahl verübt. Der Täter, ein gewisser Oswald Behrend, hat, nachdem Frenzel auf Arbeit gegangen war, den an eine bestimmte Stelle gelegten Hausschlüssel ausfindig gemacht und ein neues Fahrrad, ein Brot und eine halbe Seite Auslandsspeck gestohlen. Da im Morgentau die Fahrradspur ein wenig erkennbar war, setzten die beiden Söhne Frenzels schleunigst der Spur nach und konnten so einige Stunden später in Leipzig dem Täter das Rad wieder abnehmen. Brot und Speck wollte er angeblich schon verkauft haben, obwohl er kein Geld bei sich hatte. Er wurde durch energisches Handeln der beiden Brüder Frenzel mit nach Radefeld zurückgenommen, dort dem Gendarmerie-Wachtmeister übergeben und so dem Polizeigefängnis Delitzsch zugeführt. Von der Gendarmerie wurde Behrend schon seit Mai d. J. gesucht, da er im März aus dem Naumburger Gefängnis beurlaubt wurde und im Mai sich nicht wieder gestellt hatte.

Reinsdorf. Gemeindevertreter-Sitzung vom 10. September. Da noch immer 14 Personen die von längerer Zeit gelieferten Kartoffeln nicht bezahlen wollen, sollen sie zum letzten Male dazu aufgefordert werden. Bei der Kartoffeldebatte stellte es sich heraus, daß mehrere Einwohner, die gar nicht in der Liste standen, Kartoffeln bezahlen wollten, während andere, die keine Kartoffeln bekommen haben, bezahlen sollen. Mit Recht wurde die mangelhafte Führung der Liste getadelt. Eine recht eigenartige Entschuldigung glaubte der bürgerliche Vertreter Leaß, welcher die Kartoffeln verkaufte, anbringen zu müssen: „Man hat es doch nicht mit Menschen, sondern mit Schien beim Kartoffelverkauf zu tun!" Da hier noch 170 Zentner Kartoffeln lagern, die bisher für 45 Mk. verkauft wurden, und da sich keine Käufer mehr finden, so soll der Zentner auf 30 Mk. heruntergesetzt werden. Die Wohnungs-Angelegenheit bei Vollmann soll dem Mieteinigungsamt Wittenberg übergeben werden. Infolge der häufigen Felddiebstähle wird ein Klurschutz gebildet. In die auskiegenden Listen können sich Männer als Feldhüter eintragen. Die durch das Wassermerk Geschädigten sollen ihre Schädenerstattrechnung einreichen. Die reparaturbedürftige Schule soll durch eine Baukommission beständig werden. Herr Otto Kehlis wurde in die Baukommission gewählt. Die Sprechstunden des Gemeindevorstehers werden von 4 bis 6 Uhr festgesetzt.

Liebenwerda. Zur Regelung des Deputatgetreides für die Landarbeiter hat der Kreisausschuß eine sehr notwendige Anordnung erlassen, wonach nun endlich einem schlimmen Uebelstand abgeholfen ist. Die Arbeitnehmer, die in der Landwirtschaft arbeiten und nach ihrem Vertrag Deputat als Barlohn erhalten, hatten nämlich schwer darunter zu leiden, daß ihr Getreide in den meisten Fällen von den Revisoren der Reichsgetreidestelle auf den Mühlen beschlagnahmt wurde, da sie es ohne Mahlkarten als Ersätzung zu ihrer Ernährung mahlen ließen. Nach der neuen Verordnung erhalten nun alle Deputatberechtigten auf Antrag Mahlkarten und Schrotkarten. Eine Veräußerung des Deputatgetreides ist dagegen unzulässig; ebenso der Verkauf oder Tausch. Mahlkarten für Speisegetreide werden in diesem Jahre zum ersten Male durch den Kreis ausgestellt. Sie sind bei der Ortsbehörde zu beantragen, daß sie bis Ende September zur Ausfertigung nach der Kreiskornstelle einzusenden hat.

Nordhausen. Ein Städtetag für die Provinz Sachsen und für den Freistaat Anhalt findet vom Montag, den 27. bis Donnerstag, den 30. September in Nordhausen statt. Folgende Verhandlungsgegenstände stehen auf der Tagesordnung: Geschäftliches; Das Finanzwesen der Städte in der Gegenwart, Berichterstatter: Herr Bürgermeister Paul (Magdeburg); Tarifabschlüsse und Besoldungsordnungen, Berichterstatter: Herr 1. Bürgermeister Dr. Bunde (Aschersleben); Das Wohnungs- und Siedlungswesen, Berichterstatter: Herr Stadtrat Balke (Halle); Die Erwerbslosen-Fürsorge, Berichterstatter: Herr Stadtrat Haupt (Magdeburg).

Dessau. Angestelltenstreik. Die Angestellten der Industrie der Orte Dessau und Roßlau des Freistaates Anhalt sind, nachdem sowohl vom Reichsarbeitsministerium als auch vom Staatsrat des Freistaates Anhalt unternommene zweimalige Vermittlungsversuche an der Widerspenstigkeit der Arbeitgeber gescheitert sind, am 13. September nachts in den Streik getreten. Die Bewegung umfaßt die gesamte Industrie Anhalts. Bis jetzt ist der Streik nur auf die Orte Dessau und Roßlau ausgedehnt worden. Die übrigen Städte Anhalts werden erforderlichenfalls erst nach und nach zur Verschärfung in den Streik mit eingezogen werden. Die Angestellten der Industrie Anhalts fordern eine Entlohnung in der Höhe, wie sie bereits seit April d. J. in Halle (Saale) gewährt wird und Ende vergangener Woche durch Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums für die Industrie in Wittenberg festgelegt worden ist.

Gewerkschaftliches.

Auf dem Wege zur Einheitsorganisation im Verkehrsgewerbe.

Am 7., 8. und 9. September tagte, wie wir dem Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst entnehmen, in Berlin eine Konferenz von Vertretern der Gau- und Ortsvorstände im Deutschen Transportarbeiterverband, auf dem der Verbandsvorsitzende Schumann ein instruktives Referat über die Notwendigkeit der Schaffung eines Deutschen Verkehrsbundes hielt. Unter allgemeinem Beifall führte der Redner aus, daß es zwar für jeden, der am Aufbau des Transportarbeiterverbandes mitgewirkt habe, schmerzlich sein werde, von der alten Organisation Abschied zu nehmen, aber der festgefügte, 600 000 Mitglieder zählende Transportarbeiterverband sei bereit, dem Allgemeininteresse der Arbeiter seine Selbständigkeit zu opfern und an dem Aufbau einer Organisation mitzuwirken, die die Sehnsucht dieser Kaufenden Arbeiter sei. Die Konferenz bekannte sich zu der Auffassung des Referenten, indem sie einmütig folgender Resolution zustimmte:

„Die am 7. und 8. September 1920 tagende 18. Konferenz von Vertretern der Gau- und Ortsvorstände des Deutschen Transportarbeiterverbandes stimmt dem Anschluß des Verbandes an eine für das gesamte Transport- und Verkehrsgewerbe zu schaffende Einheitsorganisation grundsätzlich zu. Sie beauftragt den Verbandsvorstand, die Verhandlungen über Schaffung dieser Einheitsorganisation mit den Leitungen der beteiligten Verbände unverzüglich aufzunehmen und dieselben so zu fördern, daß der Zusammenschluß möglichst bald erfolgen kann. Um für die Uebergangszeit eine gemeinsame Förderung der Rechte und erfolgreiche Vertretung der Interessen der Mitglieder der beteiligten Verbände auf wirtschaftlichem, sozialem und geistigem Gebiete zu gewährleisten, hält die Konferenz die sofortige Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der interessierten Verbände unter dem Namen: Deutscher Verkehrsbund für unbedingt erforderlich."

Nachdem die größte der in Frage kommenden Organisationen ihre grundsätzliche Zustimmung zu der Schaffung einer Einheitsorganisation im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe gegeben hat, liegt es nunmehr an den übrigen Organisationen, sich zu entscheiden, damit aus dem Plan bald die Tat erwachse. Ueber die Bedeutung einer solchen Organisation bedarf es keines weiteren Wortes.

Allerlei.

Ungeheure Zuckerdiebstähle. Die Kriminalpolizei deckte Riesenzuckerdiebstähle auf, die seit Jahren in den Zuckerfabriken von Dessau und Alten (Kreis Dessau) verübt worden waren und zu großen Verlusten geführt hatten. 17 Personen wurden verhaftet und 45 unter Anklage gestellt.

Ein Floß gestrandet. Hamburg, 15. September. An der Elbemündung ist ein aus 140 000 Stämmen bestehendes Riesenfloß, das von Oxelösund nach Amsterdam unterwegs war, auf eine Sandbank geraten und völlig auseinandergerissen worden. Die Baumstämme haben sich teils vor den Inseln Neuwerk und Scharhoern festgesetzt, teils treiben sie ins Meer. Die Schiffahrt ist stark gefährdet.

Schwarzatalsperre. Laut einer Jenaer Meldung wurde die Firma Karl Zeiß in Jena von der Landesregierung beauftragt, ein großzügiges Projekt für die Anlage einer Talsperre im Schwarzatal auszuarbeiten.

Wieder ein Großfeuer in Hamburg. In den Kokswerken am Indiakai-Hafen kam ein Riesenfeuer aus. Sechs Löschzüge der Feuerwehr waren schnell zur Stelle, konnten aber wenig ausrichten, da das Feuer rasend schnell um sich griff. Die kapitalistische Presse behauptet, daß Brandstiftung vorliegt und nimmt einen „Sabotageakt Streikender" an. Der Schaden beträgt etwa 1½ Millionen Mark. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Heiteres.

Zuviel verlangt. Der berühmte Maler M. war ständig mit seinem Wirt uneins, wenn Zahlungstermin für die Miete war. Eines Tages sitzt er in seinem Atelier, der Hauswirt kommt herein: „Herr M., Sie haben Ihre Miete noch nicht bezahlt." — „Nein." — „Haben Sie die Absicht, sie zu bezahlen?" — „Selbstverständlich." — „Und wann, wenn ich fragen darf?" — „Lieber Herr," sagt M. entrüstet, „Sie wissen, daß ich Künstler bin und nicht Prophet."

Unterernährte
Kinder und Erwachsene
erholen sich
durch den regelmäßigen Gebrauch
von
Dr. Oetker's Eiweiß-Nahrung
Irrfraft
*1887

Ärztlich empfohlen.
Zu haben in Schachteln zu 5 und 10 Mark in Apotheken u. Drogerien, wo nicht, wende man sich an
Trocknungswerk Oetker & Co. G.m.b.H.
Bielefeld.

Billige Seefische
aus Freitag eintreffendem Waggon.
Nordsee
Gr. Ulrichstr. 58. Tel. 1275 u. 1274.
Seelachs ohne Kopf . . Pfund 290 Pf.
Goldbarsch ohne Kopf. Pfund 260 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, Freitag eintreffend 300 Pf.
Hochfeine fette, große, zarte Bücklinge das Pfund nur 580 Pf.
Für Wiederverkäufer die Kiste ca. 5 Pfd. Inhalt 27,00 Mk.
Hochfeine Bratheringe in 4- u. 8-Ltr.-Dosen
Rollmops und Bismarckheringe.
3856

Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft bin ich wieder in der Lage, den
Kartoffelverkauf
für *1886
Groß-Ammendorf
zu übernehmen.
Um regen Zuspruch bittet
Herm. Richter, Ammendorf
Hauptstraße 30.

für
Rohprodukte aller Art
zahlt
Wilhelmine Theuring,
Domplatz 9. Tel. 5659.
3655
Daselbst erhalten Sie für:

Wollene Strumpf-Abfälle	Kilo	14,00 M
Lumpen	„	1,00 M
Papier-Abfälle	„	40 Pf
Bücher und Zeitungen	„	60 Pf

Knochen	Kilo 40 ₰	Maschinenguß	Kilo 80 ₰
Sackzeug	40 ₰	Ofenteile	„ 50 ₰
Weißglas	10 ₰	Kupfer	Kilo 10,00 ₰
Schmiedeeisen, kurz, ohne Blech	60 ₰	Blei und Zink	„ 3,00 ₰
		Messing	„ 4,00 ₰

Nicht angegebene Waren zu höchsten Tagespreisen.

Geld-Darlehen
erhalten reelle Personen gegen Sicherheit durch
Paul Keller 5651
Hafenstr. 45

Das Reichsversorgungsgesetz
mit Erläuterungen und Rententabellen.
Herausgegeben vom Reichsbund d. Kriegsbeschädigten.
Preis 3,60 Mk.
Porto 20 Pf.
Zu haben durch alle Volksblattausträger und die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Gesetz über Betriebsräte
mit Wahlordnung und Anhang.
Erläutert von S. Aufhäuser.
Preis 4,80 Mk. — Porto 40 Pf.
Zu beziehen durch alle Austräger des Volksblattes Halle und die Volksbuchhandlung Halle a. S., Harz 42/44.
Postscheckamt Leipzig Nr. 16105.

Von Freitag früh 7 Uhr an empfehle billige
Ferkel, Läufer- u. Futterschweine.
Von Montag mittag 12 Uhr an steht ein frischer Transport 3649
zum Verkauf.
Herm. Richter, Trotinger Str. 80. Telephon 3752.

Als Selbstverbraucher kaufe:
alte sowie zerbrochene Zahngebisse,
pro Zahn bis 10 Mark.
Platin u. Brennstifte höchste Preise.
*1882 Nur Donnerstag von 3—7 Uhr im
Hotel Grüner Baum, Frankestr. 14.

Maurer
stellen ein 3658
Döring & Lehrmann A.-G.
Zu meld. b. Polier Kreutzmann, Baust. Kanenaer Weg.

Anstichskarten
empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

Mitteldeutsche Zigaretten- u. Tabakfabrik
Halle (Saale)
Kleinverkauf: Geiststr. 26.
Es stehen zum Verkauf: 3650
—Unsere bekannten erstklassigen—
Zigarrenfabrikate von 55 Pf. an.
Zigarillos rein Uebersee von 35 Pf. an.
Rauchtabak „Hollandia", rein Uebersee
100 Gramm-Paket 4,75 Mk. — Pfund 23 Mk.

Dank.
*1885
Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, unseres treusorgenden Vaters, Schwagers, Onkels, Bruders und Schwiegervaters sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlichsten Dank. Besonders Dank seinen Mitarbeitern der Firma Otto Lingesleben, Leuna-Werke.
Schwerz b. Niemberg, den 15. Sept. 1920.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Wuttig nebst allen Angehörigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192009 16-12/fragment/page=0006

Leben • Wissen • Kunst

Das Verbrechen.

Eine Lausbirngeschichte von Lena Christ.

Bei meinen Großeltern ist es furchtbar schön gewesen. Aber ich habe auf einmal nach München müssen zu der Mutter.

Da ist es mir nicht mehr gut gegangen und ich habe viele Prügel gekriegt. Und ich wäre bald tot gewesen.

Aber sie haben das Lausbirndl noch nicht ganz totschlagen können.

Einmal ist doch etwas passiert. Das war in der Schule. Da muß immer eine die großen Schultafeln abwaschen. Jede Woche trifft es eine andere. Mich hat es auch getroffen. Da habe ich die Kreide gefunden. Die Kleitnerlina hat auch eine gefunden. Am Samstag um 10 Uhr in der Pause haben es alle gesehen, im Abort und haben gelacht. Bloß die Firnstein, das Gescheiterl, hat nicht gelacht und hat gepfiffen.

Da hat das Fräulein den Zwicker aufgesetzt und hat zwei dicke Falten zwischen den Augenbrauen gemacht und hat gefragt: „Welche von euch hat sich unterstanden, die Abtritttürken in so schamloser Weise zu bemalen?"

Da haben sie es nicht gewußt, und etliche haben gelacht.

Das Fräulein hatte jede durchbohrend angeschaut und hat geschrien: „Das ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß die Jugend schon so vergiftet ist und keinen Respekt mehr hat vor den geheiligten Stätten der Erziehung!" Da haben noch mehrere gelacht.

Das Fräulein hat mit großer Trauer gesagt: „Ja, lacht nur! O, es wird die Stunde kommen, wo ihr blutige Tränen der Reue vergießen werdet wegen der Frevelstatt, die ihr begangen an der Schule und ihren Lehrern! — Sol — und nun werde ich es dem Herrn Oberlehrer melden!" Dann ist sie gegangen. Die ganze Klasse hat gelacht und alle haben sich gefreut.

Die Kleitnerlina hat gesagt: „Ich möchte gern meine Kreide wegschmeißen, aber die passen alle auf."

Da habe ich gesagt: „Wir lassen sie einfach fallen." Das haben wir getan.

Aber da ist der Herr Oberlehrer gekommen und der Religionslehrer und noch ein paar Lehrer, und der Oberlehrer hat gefragt: „Welche von euch war so frech, diese schamlosen Bilder an die Abtrittüren zu zeichnen?" Und das Fräulein hat dem Herrn Oberlehrer halblaut ein paar Namen genannt, und ich habe auch den Namen Christ verstanden.

Darauf hat er gesagt: „Nusen Sie die Subjekte einmal heraus, Fräulein!" Da haben wir hinaus müssen; die Pachmeier, und die Loibl, die Kleitnerlina und ich.

Aber wir haben alle gesagt, wir haben es nicht getan.

Und die anderen Lehrer sind an unsere Plätze und haben alles visitiert. Da haben sie die Kreide gefunden. „Wer sitzt hier?" hat der eine Lehrer gefragt. „Die Kleitner," hat das Fräulein gesagt. „Da ist eine Kreide gelegen!" hat er gerufen und hat sie hinaus auf das Pult gelegt.

„Hier liegt auch eine!" hat der andere geschrien; „wer sitzt hier?" „Die Christ," hat das Fräulein gesagt und hat mich spöttisch angeschaut.

Da haben wir wieder gesagt: „Wir haben es nicht gemacht!"

„Das wird sich beweisen!" hat der Herr Oberlehrer gesagt. „Fräulein, geben Sie den Subjekten eine Kreide und lassen Sie jeder auf der Schultafel das Bild zeichnen. Die anderen Schülerinnen sollen einstweilen in den Hof gehen." Da haben wir es zeichnen müssen.

Die Kleitnerlina kann es so nicht, die hat ja keinen Dunst vom Zeichnen. Aber ich hätte es schon können. Ich habe aber schon gewußt, warum ich es ganz anders gemacht habe; den Kopf ganz groß und rund und bloß Punkte für die Augen und die Nase. Und einen ganz kleinen Bauch und lange Striche für die Füße und Hände. Und den Nachthasen habe ich überhaupt nicht gemacht. Die Kleitnerlina hat ihn schon gemacht, aber recht dumm.

Da hat der Herr Oberlehrer gesagt: „Ich glaube, wir haben was doch geläutet, das ist etwas ganz anderes." Und der Religionslehrer hat gesagt: „In der Religion sind sie gut. Besonders die Christ weiß alles. Ich glaube es auch nicht." Aber das Fräulein hat gesagt: „Ja, Herr Hochwürden, das ist alles ganz schön. Aber die Kreide haben sie doch gestohlen! Dafür muß man sie doch strafen."

Da hat der Herr Religionslehrer gesagt: „Darüber besteht kein Zweifel! Das muß exemplarisch bestraft werden!"

Und der Herr Oberlehrer hat gesagt: „Das überlasse ich Ihnen, Fräulein!" Da hat die Kleitner eine Stunde dableiben müssen und ich auch.

Die Kleitner ist in das vierte Klassenzimmer gesperrt worden und ich in das unsrige. Und wir haben das siebente Gebot lernen müssen.

Das hab' ich aber schon können. Drum hab' ich mir das Schulzimmer genau angeschaut in der Stunde; auf den Bänken, unter den Bänken und auch das Pult. Da habe ich gesehen, daß das Fräulein nicht zugesperrt hat. Und die Schlüssel sind gesteckt. Ich habe schnell gehorcht, ob niemand kommt, dann habe ich hineingeschaut. Rechts waren die Hefte. Die habe ich nicht angeschaut. Aber den dicken Packt mit den Zensuren habe ich schon angeschaut. Die waren links ganz oben. Aber ich habe so furchtbar Herzklopfen gehabt und habe immer geglaubt, es kommt jemand. Es ist aber niemand gekommen.

Da habe ich meinen Bogen gesucht. Sie liegen alle nach dem Alphabet und obenauf liegt die Anwander.

Bei dem meinigen ist gestanden, daß ich nicht offenherzig bin, und von leichtsinig und gedankenlos.

Und für alle Tage ist etwas gestanden, und da habe ich mir gedacht, das kommt alles in die Noten. Und ich habe an die Prügel gedacht. Aber man hätte es gleich gesehen, daß er nicht mehr da ist; und die anderen sind auch froh, wenn sie keine solchen schlechten Noten kriegen. Dann habe ich schnell zugesperrt und habe die andere Schublade auch noch zusperren wollen; aber da habe ich etwas gehört.

Da hat mir das Herz wieder ganz stark geklopft und ich habe gar nicht mehr gewußt, was ich machen soll. Es war der Hausmeister, und er hat zuerst die Kleitner herausgelassen. Ich habe mich schnell in die Schulbank gesetzt und habe ganz laut gelernt. „Du kannst gehen!" hat er gesagt. Ich habe schnell meinen Hut genommen und bin davon; aber ich bin noch nicht heim.

Auf der Kohleninsel habe ich es noch einmal gelesen, dann habe ich alles in die Iser geworfen.

Wie ich heimgekommen bin, hat die Mutter schon mit dem Stecken auf mich gewartet, weil es ihr die Hugendubl gleich getratscht hat, daß ich dableiben muß.

Aber ich weiß schon, was ich ihr antue, der Scheinheiligen; wenn sie morgen auf d' Nacht wieder mit mir das Bier holt, dann muß sie der Pfeffermarkt hinschmeißen; Den kennt sie nicht.

Wie ich am Montag in der Früh in die Schule gesessen bin, habe ich mir fest vorgenommen, daß ich jetzt recht ordentlich bin, weil wir nächste Woche die erste Beichte haben. Da hat nun halt gleich Ilse das Fräulein die Tafelwischerin gefragt, ob sie ihre Schlüssel nicht weiß. Aber sie hat es nicht gewußt, und sie hat den Hausmeister kommen lassen. Der hat es auch nicht gewußt.

„Das ist mir aber sehr peinlich," hat sie zum Hausmeister gesagt, „der Herr Oberlehrer sieht es gar nicht gern, daß etwas fehlt. — Und ich habe sie nicht mehr."

Da hat der Hausmeister gesagt, daß schon noch Schlüssel da sind, und der Herr Oberlehrer hat die seinigen auch schon verloren.

Um neun Uhr, wie es geläutet hat, ist das Fräulein zum Herrn Oberlehrer, und um zehn Uhr hat sie es gesehen.

Da ist sie ganz blaß geworden, und dann wieder ganz blau und rot und hat geschrien: „Das ist unerhört! Da ist ein Verbrechen geschehen! Sieben fehlen!" Und dann hat sie viele Tagen dagegeben und hat uns falsche Sachen gesagt und ist ganz aufeinander gewesen.

Am Nachmittag hat die Kleitner zum Herrn Oberlehrer müssen und danach ich. Ich habe gezittert und habe mich zu den armen Seelen verlebt, wenn sie mir helfen. Da hat er mich gefragt: „Warum hast du es getan? Das ist ein Verbrechen!"

Aber ich habe gesagt, ich weiß doch gar nichts, und ich bin überhaupt nicht so, klos weil mich das Fräulein dick hat.

„Du hast zu schwitzen!" hat er mich da angeschrien. „Du kannst es nicht leugnen es steht schon auf deinem Gesicht!"

„Und ich weiß nichts! Und überhaupt habe ich noch gar nie nichts getan und muß immer alles getan haben."

„Halte deinen Mund, Subjekt! Ich weiß es schon, was ich tue!"

Am anderen Tag in der Früh hat meine Mutter in die Schule kommen müssen, und dann haben sie ihr es gesagt.

Aber ich habe laut geschrien: „Das ist nicht wahr!", und meine Mutter hat gesagt: „Herr Oberlehrer, Herr Hochwürden, das muß ich mir verbitten. Meine Tochter wird sehr streng erzogen von mir; und überhaupt, wo selbst sie es dann her haben! Mir sen anständige Bürgersleut', ehrliche!"

Bei den letzten Worten hat sie geschluchzt und hat gar nichts mehr gehört; und hat immer gesagt: „Mir geb'n ihr nur a guats Beispiel!" Und hat furchtbar geweint.

Da hab ich auch gesagt ich sag' es ganz bestimmt, ich bin es nicht gewesen.

„Dann ist es ein Versehen, Herr Hochwürden!" hat da der Herr Oberlehrer gesagt; „ich glaube doch Sie haben recht: vor der ersten Beichte tun sie so etwas nicht."

Da hab' ich drei Tage einen Vaterunser für die armen Seelen gebetet, weil sie mir geholfen haben.

Jimmie Higgins.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Upton Sinclair.

Jimmie schlug einen Kompromiß vor; er wird zur Versammlung gehen, jedoch nicht ein Wort sagen. Doch deuchte dies Lizzie kein Trost, sie wußte allzu gut, daß ihr Mann, falls etwas geschehen sollte, mitten drin sein würde. Nein, wenn er hingeht, so geht sie auch, und wenn sie die drei Babys in den Kinderwagen packen und zwei bis drei Meilen schieben muß. Und sollte Jimmie Anstalten treffen, eine Rede zu halten, so wird sie sich an seine Rockschöße hängen, ihm die Hand vor den Mund legen, sich zwischen ihn und die Knüppel der Polizei werfen!

Derart stand es um die Sache, als es am Nachmittag vor dem Meeting heftig zu regnen begann, und der Weg bis zur Tramstation für einen schwerbelasteten Kinderwagen unfahrbar wurde. Daraufhin gab es in der Familie Higgins abermalige Tränenbäche. Jimmie ergriff die Hand seiner Frau und schwor ihr feierlich, sie könne ihn beruhigt gehen lassen, er werde nichts, aber auch gar nichts tun, das ihn irgendwie in Gefahr zu bringen vermöchte. Er wird keine Rede halten, wird nicht auffstehen und schreien — was auch immer geschieht, er wird stumm verharren. Er wird bloß Flugblätter verkaufen. Leuten die Sitze zuweisen, wie er dies bereits hundertmal bei Versammlungen getan hat. Ihr zuliebe wird er sogar das rote Abzeichen in die Tasche stecken, mit dem er sich sonst bei sozialistischen Versammlungen zu schmücken pflegte. Nachdem er diese Versprechen unzählige Male wiederholt hatte, gelang es ihm endlich, die weinende Gattin zu beruhigen. Er löste sanft seine Rockschöße aus ihren umklammernden Händen und verließ das Haus, ihr und den Kindern noch ein Lebewohl zuwinkend.

Durch den Regenschleier sah er Jimmie junior, ein rotes Taschentuch schwenkend, das Lizzie dem Gatten heimlich aus der Tasche gezogen hatte, und vernahm nach Jimmie juniors Stimme: „Jetzt sei gut! Nicht mehr weinen!" Jimmie schritt aus und dachte an seinen kleinen Sohn, der nun bereits fünf Jahre zählte und dermaßen in die Höhe schoß, daß man ihn beinah wachsen sah. Er hatte große schwarze Augen, wie die Mutter, und ein überaus mutwilliges Lächeln. Und was er alles wußte, und was für Fragen er stellte! Jimmie und Lizzie wurden nie müde, über ihn und seine Neugierde zu sprechen. Während Jimmie durch Kot und Nässe dahinpatschte, gedachte er des Kleinen, und er preßte die Lippen zusammen und ballte die Fäuste und schwor von neuem, eine Welt zu schaffen, in der das Proletarierkind in Freude und Gesundheit aufwachsen könne.

III

Der Hauptredner des Abends war ein junger Universitätsprofessor, der wegen sozialistisch gefärbter Vorträge seinen Posten verloren hatte und deshalb in Jimmies Augen ein Held war. Dieser junge Mann kannte alle Einzelheiten des Krieges von innen und außen, er zeigte ihn als eine ungeheure Verschwörung der Kapitalisten der ganzen Welt; die sich mit seiner Hilfe allen Rohmaterials, sowie der Leiber und Seelen der Arbeiter bemächtigen wollten. Mit bitteren Worten klagte der Redner jene an, die das Land zum Krieg gezwungen haben, brandmarkte die Wall-Street-Finanziers und Spekulanten, die bereits Milliarden verdient hatten und sie nun zu verzehnfachen strebten. Er wetterte gegen das Vorhaben, Menschen, die nicht kämpfen wollten, dazu zu zwingen, und jeder seiner Aussprüche rief tosenden Beifall hervor. Nach dieser Versammlung zu urteilen, hätte man glauben können, Amerika befinde sich vor einer gegen den Krieg gerichteten Revolution.

Der junge Professor setzte sich und wischte den Schweiß von der Stirn. Der Liederkranz stimmte ein Lied an; er hieß eigentlich nicht mehr Liederkranz, sondern nannte sich, aus Rücksicht auf lokale Vorurteile, Arbeiter-Gesangs-Vereinigung. Nachdem das Lied beendet war, erhob sich der Redakteur des Arbeiter, Genosse Smith und verkündete, nach der Versammlung werde der Redner Fragen beantworten, und aus dieser Verkündigung ging Genosse Smith unversehens zu einer Rede über und forderte, die Arbeiter Leesville müßten durch Handlungen bekunden, daß sie nicht gewillt seien, sich in den Krieg zerren zu lassen. Er stelle hiermit fest, er selbst werde sich nicht im mindesten von dem Kriegsgeschrei beeinflussen lassen — — habe bereits öffentlich erklärt, daß er den Dienst verweigere und bereit sei, einer Dienstverweigerungsvereinigung beizutreten. Es wäre keine Zeit mehr übrig, was geschehen sollte, müßte sofort geschehen.

Da ereignete sich plötzlich ein Zwischenfall. Diesmal war es kein alter Soldat, der die Versammlung störte, sondern ein Polizeisergeant, welcher vortretend rief. „Die Versammlung ist aufgelöst!"

„Wie?" schrie der Redner.

„Die Versammlung ist aufgelöst," lautete die Antwort — „und Sie, junger Mann, sind verhaftet."

Die Menge brüllte auf. Aus dem Orchesterraum, von dem aus sonst melodische Weisen strömten, sprang jählings eine Schar blauuniformierter Männer und verteilte sich zwischen Redner und Publikum. Zu gleicher Zeit kam ein Dutzend Soldaten durch den Mittelgang marschiert, das Gewehr in der Hand, mit aufgepflanzten Bajonetten.

„Dies ist eine Schmach!" rief Genosse Smith.

„Kein Wort mehr!" herrschte ihn der Polizeisergeant an, und zwei Polizisten packten den Redner am Arm, um ihn fortzuführen.

Genosse Gerrity sprang auf die Bühne. „Ich protestiere!" — rief er, „wir halten hier eine gesetzmäßige Versammlung ab . . ."

Ein Polizist legte ihm die Hand auf die Schulter. „Sie sind verhaftet."

Nun trat Genossin Mabel Smith, die Schwester des Redakteurs, vor. „Pfui! Pfui!" Ihre Stimme gellte auf. — „Nein, ich werde nicht schweigen! Ich protestiere im Namen der Redefreiheit. Ich erkläre. . . ." Und als ein Polizist auch sie festnahm, schrie sie aus voller Kehle, und ihre Worte prasselten die Menge zur Raserei auf.

Die ganze Zuhörerschaft wurde von gewaltiger Aufregung ergriffen. Genossin Frau Gerrith sprang auf einen Sessel und protestierte. Jimmie Higgins stand zufällig neben ihr und sein Herz erbebte vor seltsamen, halbvergessenen Gefühlen, als er die schmucke, zierliche Gestalt mit dem federgeschmückten Hut betrachtete.

Genossin Evelyn Baskerville aus Greenitch Village, mit dem welligen Haar, den bezaubernden Grübchen und den kühnen, erschreckenden Ideen, sie, die Jimmie Higgins Seele zerwühlt und fest die Häuslichkeit der Higgins gestört hatte, da stand sie, und wendete eine neue Art Koketterie an, vermittels welcher sie drei gewehr- und bajonettbewaffnete Soldaten vollauf in Anspruch nahm.

Genossin Mary Allen, die Quäkerin, welche Gewalt verabscheute und nur an die moralische, durch das Ohr eingehende Macht glaubte, erhob sich, rotbewändert, die Arme voll Flugblätter, und erklärte: „Ich protestiere im Namen der Freiheit und der Gerechtigkeit. Ich werde nicht zulassen, daß mein Land in den Krieg getrieben werde, ohne mein Protestrecht auszuüben. Hier stehe ich in einer sogenannten christlichen Stadt; ich spreche im Namen des Friedensfürsten. . . ." Und so weiter, und so weiter, während etliche äußerst verlegene junge Männer in Khaki zu gleicher Zeit ihre Flinten und eine ergrimmte Quäkerin festzuhalten versuchten.

Auch Genosse Schneider, der sich mit den übrigen Sängern auf der Bühne befunden hatte, trat vor. „Haben wir in Amerika keine Rechte mehr! Dürfen wir hier. . . ."

„Halt's Maul, du Hunne!" brüllte eine Stimme, und drei Polizisten stürzten sich auf den Genossen Schneider, packten ihn so heftig am Kragen, daß sein stets rotes Gesicht unheimlich blau und violett zu leuchten begann.

Armer Jimmie Higgins, da stand er mit seinem Stoß Flugblätter, bebend vor Aufregung, mit jeder Faser nach Kampf verlangend, geweitet, seine Stimme zu erheben, wie ein Mann für seine Ueberzeugung einzutreten oder wenigstens wie Genossin Mabel Smith oder Mary Allen oder die Genossin Gerrity, geborene Baskerville, doch ach, hilflos zum Schweigen verdammt, an Händen und Füßen gebunden war er, durch die feierlichen Versprechen, die er Lizzie, der Mutter seiner Kinder, gegeben hatte.

Er blickte sich um und sah einen Mann, der ebenfalls an Händen und Füßen gebunden war, — gebunden durch die Erinnerung an einen Schlag ins Gesicht, der ihm das Nasenbein gebrochen und drei Vorderzähne eingeschlagen hatte. Der wilde Bill bemerkte, wie ein Polizist ihn beobachtete, bereit, beim geringsten Vorwand auf ihn loszustürzen, und er verharrte stumm, reglos, gleich Jimmie. Die beiden mußten zusehen, wie das Unrecht der amerikanischen Bürger gespottet, wie die Freiheit unter den Füßen einer brutalen Soldateska in den Staub getreten, wie die Gerechtigkeit in ihrem Allerheiligsten verewaltiet und erdrosselt wurde. — Dies wenigstens war im Leesviller Arbeiter zu lesen, der Herald hingegen behauptete, — was auch der Ansicht von neun Zehntel seiner Leser entsprach — daß endlich die Kräfte der Ordnung und des Anstandes in Leesville gesiegt hätten, die Propaganda der Hunnen für immer zermalmt sei, und die Aufwiegler und Verräter die wuchtige Hand der allgemeinen Empörung zu spüren bekommen hätten. — —

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Der größte Dramatiker der Welt,

William Shakespeare, beherrschte auch im ersten Jahre nach dem Friedensschluß neben Schiller den Spielplan der deutschen Theater. Das wird bezeugt durch den statistischen Ueberblick über die Aufführung seiner Werke, den in dem Jahrbuch der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft für das Jahr 1919 Dr. Egon Mühlbach aufgestellt hat. In Betracht kommen im ganzen 284 Theatergesellschaften mit 23 Werken des Dichters in 1349 Aufführungen. An der Spitze steht Wie es auch gefällt (304 mal durch 15 Gesellschaften); es schließen sich an Othello (175 : 53), Hamlet (150 : 41), Was ihr wollt (144 : 25), Der Kaufmann von Venedig (109 : 30), Ein Sommernachtstraum (17 : 16), Romeo und Julia (74 : 20), Das Wintermärchen (62 : 12), Coriolan (57 : 4), Viel Lärm um nichts (48 : 6), Der Widerspenstigen Zähmung (42 : 14), Maß für Maß (34 : 5), Richard III. (32 : 8), Die Komödie der Irrungen (31 : 2), König Lear (29 : 5), Julius Cäsar (20 : 5), Macbeth (19 : 5), Cymbeline (19 : 2), Die beiden Veroneser (13 : 2), Ende gut, alles gut (8 : 1), Antonius und Kleopatra (4 : 2), Timon von Athen (2 : 5), Perikles (2 : 1). Die höchste Zahl der Vorstellungen erreichte Berlin (284), dann folgen Hamburg-Altona (79), Wien (61), München (59); Düsseldorf (49), Leipzig (46), Stuttgart (36), Bremen (32), Frankfurt (18).

Afrikanismus der Neger.

Auf dem letzten großen Negerkongreß in den Vereinigten Staaten zeigte es sich, daß es unter den amerikanischen Negern, deren denen es etwa fünf Millionen, hauptsächlich in den Südstaaten, gibt, eine starke Strömung für die Rückkehr nach Afrika gibt. Der Negerpfarrer Brooks hielt eine große Rede, in der er den Weißen verbleibt, daß sie die Schwarzen nach Amerika gebracht haben. „Laßt uns zurückkehren!" rief er aus, worauf sich die ganze Versammlung spontan wie ein Mann von den Sitzen erhob und ihn zujubelte, indem sie mit ihren grünschwarzroten Flaggen winkte. Die Versammlung beschloß, einen Führer der Bewegung zu wählen und alle Anstalten zu treffen, um die Rückkehr der unterjochten Rasse nach Afrika in die Tat umzusetzen. England wurde beschuldigt, an der Ausrottung der schwarzen Rasse zu arbeiten, so wie es seinerzeit die roten Indianer in Amerika vernichtet hat. Der Redner Garvay sagte: „Wir gehen nach einer langen Reise nach Hause und geben dem (englischen) Miteberrn in den afrikanischen Kolonien die Kündigung. Wenn er nicht aus den usurpierten Ländern herausgeht, so ist das nicht anderes als eine gewaltsame Aufhebung der rechtmäßigen Eigentümer." Das imperialistische England wird wohl kaum dieser Aufforderung folgen wollen — wenn es nicht eines Tages muß. In alle Ewigkeit kann man auch schwarze Rassen nicht unterdrücken.

Heiteres.

Preis-Abbau. Die Mutter macht mit dem siebenjährigen Edgar Einkäufe. „Plötzlich bleibt er vor einem Schaufenster stehen und ruft aus: „Mutti, ich glaube, hier werden die Preise abgebaut. Hier gibt es schon Schleuderhonig." (Lustiges Blatt.)

Die Auskunft. „Lieber Freund, kannst du mir nicht 120 Mk. pumpen?" „Bedaure, ich habe nichts bei mir." „Nun zu Hause?" „Danke, alles wohl und munter."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192009 16-12/fragment/page=0007

Amtliche Bekanntmachungen

Verkauf von Auslandsspeck.

Der Verkauf von amerikanischem Speck findet am Sonnabend, den 18. September, statt. Es werden 200 Gramm je Kopf ausgegeben. Der Verkauf erfolgt durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind gegen Abtrennung der Marke 28 der Einfuhr-Zusatzkarte (Speck). Die abgetrennten Marken sind bis zum 20. September an das Stadternährungsamt abzuliefern. Der Verkaufspreis beträgt für 200 Gramm 4,80 Mk.

In der laufenden Woche werden in den bekannten Verkaufsstellen am Freitag und Sonnabend für jede Person eines Haushaltes

250 Gramm Pferdefleisch

verabfolgt. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1 bis 30000, solange der Vorrat reicht. Die bereits zum Pferdefleischbezug angemeldeten Personen entnehmen das Fleisch bei dem Pferdefleischhändler, bei dem sie zur Kundenliste angemeldet sind. Die übrigen Haushalte wählen einen Pferdefleischhändler in der Nähe ihrer Wohnung. Die Pferdefleischhändler sind verpflichtet, in den Schaufenstern bekanntzugeben, welche Nummern in den einzelnen Stunden zum Einkauf zugelassen werden. Bei dem Einkauf ist der Warenbezugsschein Nr. 31 vorzulegen. Die Marke 556 ist für jedes verkaufte ½ Pfund Fleisch abzutrennen. Die abgetrennten Marken sind bis spätestens zum 21. September 1920 an das Stadternährungsamt abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Kerzen, Bratfett, Malzextrakt, Trockenei, Roßgulasch, oder Fleisch- und Wurstkonserven

in der Talamtschule, am Freitag, den 17. September. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 10001 bis 15000, vormittags von 8—12, und die Inhaber der Nummern 15001 bis 20000, nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jeden Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4,50 Mk. für vier Stück, ferner an jede Person aller Haushalte ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6 Mk. für das halbe Pfund, 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mk., 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4 Mk., und eine 1-Kilodose Roßgulasch zum Preise von 11 Mk., oder eine ½-Kilodose Fleisch- und Wurstkonserven zum Preise von 6 Mk. abgegeben werden.

Für jede Person eines Haushaltes können drei Briefchen Süßstoff (sogenannte H-Packung) zum Preise von 1 Mk. für das Paket nach Maßgabe der aufgedruckten Bestimmungen in den Drogengeschäften oder in den Apotheken käuflich erworben werden. Bei dem Verkauf hat der Verkäufer die Marke 560 des Warenbezugsscheines Nr. 31 für je drei Briefchen Süßstoff abzutrennen. Die Abtrennung des Warenbezugsscheinabschnittes ist unerläßlich und hat in jedem Falle zu erfolgen.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 28. August d. Js. weisen wir darauf hin, daß mit dem 19. September die **Septemberzuckermarken** ihre Gültigkeit verlieren. Eine Belieferung von am 20. September oder später vorgelegten Marken kann seitens der hiesigen Kleinhändler in keinem Falle stattfinden.

Delitzsch

Die Ausgabe der Brennspiritusbezugsmarken an Minderbemittelte für September erfolgt Freitag, den 17. d. M., vormittags 8—12 Uhr, im Lebensmittelamt.

Delitzsch, den 15. September 1920.
*1891 **Der Magistrat.**

Anordnung.

Auf Grund des § 6 der Mieterschutzordnung vom 23. September 1918 (RG.Bl. S. 1140) und der Erlasse des Preußischen Staatskommissars für Wohnungswesen und des Ministers für Volkswohlfahrt vom 24. September 1918, St. 4, 422, und 5. Dezember 1919, St. 4, 4323, ordne ich für den Bezirk der Gemeinde Delitzsch hiermit an, daß 1. die Vermieter von Wohn-, Geschäftsräumen, Bureaus, Läden und Werkstätten ein Mietverhältnis rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes kündigen können, insbesondere wenn die Kündigung zum Zwecke der Mietsteigerung erfolgt; 2. ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert gilt, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Einigungsamtes zu dem Ablauf erwirkt hat.

Merseburg, den 7. September 1920.
Der Regierungspräsident.
I. W. 339126. J. A.: Knoblauch.

Vorstehende Anordnung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Delitzsch, den 14. September 1920.
*1890 **Der Magistrat.**

Artern

Pflaumen-Verkauf.

Die Verteilung der Pflaumen für die Haushaltungen mit dem Anfangsbuchstaben R—Z Nr. 1—300 findet Freitag nachmittag statt.

Artern, den 16. September 1920.
*1899 **Der Magistrat.**

Kohlen

werden am 17. und 18. September durch die Firma W. Künzer verkauft. Jeder Haushalt erhält zwei Zentner auf die Abschnitte 1 bzw. 3 u. 4 der Kohlenkarte. Freitag von 8—12 Uhr Nr. 1401 bis Schluß und 1—200. Donnerstag von 8—12 Uhr Nr. 201 bis 600. *1892

Artern, den 15. Sept. 1920. **Der Magistrat.**

Wir geben hierdurch bekannt, daß **die Beiträge zur Erstattung der Entschädigungen** für die im Jahre 1919 an Seuchen verendeten oder auf polizeiliche Anordnung getöteten Tiere auf 17 Pf. für jedes Stück Pferd, Esel, Maultier oder Maulesel und 96 Pf. für jedes Stück Rindvieh festgesetzt worden ist und werden die Besitzer hierdurch aufgefordert, die hierauf entfallenden Beiträge binnen einer Woche an die hiesige Kämmereikasse bei Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung abzuführen. Dabei wird gleichzeitig bemerkt, daß das Verzeichnis der beitragspflichtigen Besitzer vom 17. September an vierzehn Tage lang im Rathaus, Zimmer Nr. 7, öffentlich zur Einsicht ausliegt und daß Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses spätestens zehn Tage nach Ablauf der Auslegungsfrist bei uns anzubringen sind. *1892

Artern, den 15. Sept. 1920. **Der Magistrat.**

Die **Maul- und Klauenseuche** unter den Viehbeständen des Rittergutes, der Landwirte Riese, Weinreich, Scheutzel, Karl Trautmann, Hermann Engler, Gregor und Hillmar ist erloschen. *1892

Artern, 13. Sept. 1920. **Die Polizeiverwaltung.**

Sangerhausen

Bewerber zur Uebernahme der Magermilchverteilungsstelle wollen sich schriftlich bei uns bis zum 16. Sept. melden. *1894

Sangerhausen, 14. Sept. 1920. **Der Magistrat.**

Freitag, den 17. Sept., wird bei dem Fleischermeister Ziervogel von 7 Uhr an **Rindfleisch** verkauft. *1894

Sangerhausen, 15. Sept. 1920. **Der Magistrat.**

Abgabe von Spirituskarten.

Die Spirituskarten für September werden an Familien mit Kindern unter 2 Jahren gegen Vorzeigung der Milchkarte bis zum 25. September auf Zimmer Nr. 16 des Rathauses abgegeben. *1894

Sangerhausen, 14. Sept. 1920. **Der Magistrat.**

Für die **projektierte Straße B**, die von der Alten Promenade, an der Stelle, wo die Bergstraße in die Alte Promenade einmündet, nach Süden in das Siedelungsgelände führt, sind Bau- und Straßenfluchtlinien festgesetzt worden. Der Plan liegt in unserem Stadtbauamte zu jedermanns Einsicht aus. Begründete Einwendungen gegen ihn sind binnen 4 Wochen nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung bei uns anzubringen. *1894

Sangerhausen, 13. Sept. 1920. **Der Magistrat.**

Freitag, den 18. d. M., nachm. 3 Uhr, sollen nachstehende Gegenstände im städt. Krankenhause öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung verkauft werden: 1. Vier alte Zinkbadewannen, eine davon ist wenig gebraucht, 2. ein unbrauchbarer Gasbadeofen, 3. mehrere Zentner Eisen, von Heizkörpern der Zentralheizung herrührend, 4. ein alter Krankenwagen, 5. verschiedene andere Eisen-, Blech- und Zinkblechgegenstände. *1894

Sangerhausen, 14. Sept. 1920. **Der Magistrat.**

Unter den Viehbeständen des Rangiermeisters Edmund Hermann, hier, Rittergasse Nr. 7, ist die **Maul- und Klauenseuche** ausgebrochen. *1894

Sangerhausen, 10. Sept. 1920. **Polizei-Verwaltung.**

Erhöhung der Verpflegungssätze des städtischen Krankenhauses.

Mit Wirkung vom 1. Juli d. J. haben wir die Verpflegungssätze für die im hiesigen Krankenhause aufgenommen Personen wie folgt festgesetzt: für Klasse I 30 Mk., Klasse II 18 Mk., Klasse III 9 Mk. für den Kopf und Tag. Für Kinder unter 10 Jahren werden ⅔ der Sätze berechnet. Für Säuglinge, die mit der Mutter aufgenommen werden, werden ½ der Sätze berechnet. Bei auswärtigen Selbstzahlern (Erwachsene und Kinder) erhöht sich der Verpflegungssatz: in Klasse I um 3 Mk., Klasse II um 2 Mk. und Klasse III um 1 Mk.

Sangerhausen, den 9. September 1920.
*1894 **Der Magistrat.** Brüninghaus.

Volkspark Morgen, Freitag: **Gr. BALL.**

B. B.B. 3633 **Beths Bunte Bühne,** Erstes Kabarett am Platze.
Ab heute: Anny Forstmann u. Partner, Stary-Maximow, Bruno Torbino, } mit neuem Repertoir.
Neu! Vory, Fantasiemaler. Neu!

Bratwurst 3637 glöckle-Varieté.
Neuer Spielplan.
Eduardo und Alice, „Die lebende Schmiede"
Otto Trötschel, der Urkomische
Käthchen Breuer, Kugelakt mit dress. Tauben
und acht weitere neue Glanznummern.
Alte Promenade 11, Ecke Gr. Ulrichstr.

I. Menzenh. Gitarre-Zither-Verein.
Sonnabend, den 18. September:
21. Stiftungsfest
im kleinen Saal des **Volksparks.**
Gönner und Freunde sind willkommen. *3641
Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

Südpalast. 3652
Lerchenfeldstr. 14, Nähe Torschule.
Jeden Freitag:
Ball des Südens.
: Vereinszimmer und Kegelbahn frei. :

Gesellschaftshaus Diemitz.
Freitag, den 17. September 1920: *1888
Saal-Einweihung auf neuem Parkett.
Volles Orchester Görlach. Der Wirt. Roigk.

Ortskartell Ammendorf.
Sonnabend, den 18. September, abends 7½ Uhr, im Schützenhaus:
Theater-Abend.
Gegeben wird: **Die beiden Reichenmüller.**
Lustspiel in 4 Akten.
Der Eintritt beträgt pro Person 1,50 Mk.
Um zahlreichen Besuch bittet
*1896 Das Ortskartell.

Arbeiter-Gesangverein Gutenberg.
Sonntag, den 19. September:
1. Stiftungsfest
verbunden mit *1893
Preisschießen, Preiskegeln, sowie Blumenverlosung.
Es ladet ergebenst ein Der Vergnügungsausschuß.

Am 1. Oktober erscheint, herausgegeben von *1888
Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker
eine neue politische Zeitschrift, die
Kommunistische Rundschau
Bekannte Genossen des In- und Auslandes haben sich zur Mitarbeit bereit erklärt. Aufgabe der Zeitschrift soll es sein, vom revolutionären marxistischen Standpunkt aus, zu allen das internationale Proletariat bewegende Fragen, Stellung zu nehmen.
Sie erscheint zunächst alle 14 Tage, später jede Woche. Das Heft umfaßt 16 bis 32 Seiten und kostet im Verkauf 1 Mark.
Bestellungen b. allen Postanst. (14. Nachtr.) u. Parteibuchhdlg. od. an
Willi Elberfeld, Charlottenburg 2, Gutenbergstr. 10 I
Anfragen usw. an die gleiche Adresse.

Bitterfeld. USPD.
Freitag, den 17. Sept., abds. 7½ Uhr, im Parteilokal:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur 3. Internationale.
2. Wahl von Delegierten zur Kreiskonferenz.
Genossen und Genossinnen, erscheint vollzählig in dieser wichtigen Versammlung.
Mitgliedsbücher sind am Saaleingang vorzuzeigen.
USPD., Ortsgruppe Bitterfeld.
*1900 Borrmann, Vorsitzender.

Stadttheater.
Freitag, den 17. Septbr., Anf. 7½, Ende 10¼ Uhr:
Königskinder
Sonnabend: 3648
Hoheit tanzt Walzer.

Bad Wittekind.
Freitag, 17. September, nachm. 8½ Uhr:
Konzert 1897
vom Philharm. Orchester
(Dauerkarten gültig)

*1724 **Zigarren,**
aus überseeisch. Tabaken, Mk. 60 pro 100 Stück. Lieferung per Nachnahme.
Artur Mühlpfordt, Merseburg.

Schlafzimmer
kompl. 3000, 4000, 5000 M.
einzelne Bettstellen, mit und ohne Matratzen,
lasierte u. gestrich. Küchen
3640 verkauft billig
Max Jungblut
Möbelgeschäft.
— Albrechtstraße 37. —

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Freie Turner Bitterfeld
Sonntag, 19. Sept., im Gesellschaftshaus:
Grosses **Herbstvergnügen.**
Vormittags von 8 Uhr an: Wertungsturnen der Turner, Turnerinnen u. Schülerabteilung (Schule Weststrasse), nachmittags von 3 Uhr an: Belustigungen, turnerische Aufführungen der Schülerabteilung, Blumenverlosen u. grosses **Preisschiessen** (6 lebende und 6 andere wertvolle Preise).
Abends von 7 Uhr an: **Oeffentlicher Festball.**
Um gütigen Zuspruch bittet *1889
Der Vergnügungsausschuss.

Achtung! Bitterfeld!
Zentralverband der Maschinisten u. Heizer.
Sonnabend, den 18. September, nachm. 5 Uhr, in Bitterfeld, Restaurant Bürgergarten:
:: Versammlung ::
für Bagger- und Lokomotivführer im Industriegebiet Bitterfeld.
Tagesordnung:
Bericht über die eingereichte Lohnforderung.
Das Erscheinen aller Bagger- u. Lokomotivführer im Industriegebiet Bitterfeld ist dringend erforderlich.
*1884 W. Borrmann, Bezirksleiter.

Stammtisch Blümchen.
Zu unserem am Freitag, den 17. September, im Goldenen Hirsch stattfindenden 3629
Vergnügen
sind Freunde und Gönner des Vereins herzlichst eingeladen. Anfang 6 Uhr. Der Vorstand.

Konsum-Produktiv-Genossenschaft „Volkshaus" Bockwitz und Umgegend
Sonntag, den 26. September 1920, abends Punkt 8 Uhr, in Reinholds Gasthaus „Zum goldenen Löwen", Bockwitz:
Außerordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über Ankauf des Grundstückes Zum goldenen Löwen und dessen bauliche Umänderungen.
2. Beschlußfassung über weiteren Ankauf eines Sport- und Spielplatzes.
3. Festsetzung über die Höhe von Anleihen.
Der Vorstand. E. Watte. Der Aufsichtsrat. E. Petzold.
Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, pünktlich und vollzählig zu erscheinen. *1870

Sangerhausen.
Hirsch-Diele.
Täglich von 7 Uhr abends an:
Erstklass. Künstler-Konzert.
*1818 Kapellmeister W. Alberti.

Werbt für das Volksblatt.

Allerfeinstes Tafel-Oel,
zu allen Speisezwecken verwendbar,
1 Pfund nur 12,80 Mk.
Margarine, feinste Qualität,
1 Pfund nur 12,00 Mk. 3654
Otto Bornschein, G. m. b. H., Mittelstraße 21.

Die schicksten Formen für
Umpreßhüte
erhalten Sie innerhalb 14 Tagen bei der Hutfabrik
B. Brustowitzki, Halle (Saale),
Magdeburger Strasse 27. 3634

Alle Parteischriften empf. d. Volksbuchhandlung.

Achtung! Achtung!
Otto Vogel, Rohproduktenhandlung, Kl. Ulrichstraße 26, im Hof.
Zahle heute noch die höchsten Preise für sämtliche Altmetalle!
Kupfer I, 10-11 Mk. p. Kilo
Rotguß, 8,50-9 " "
Messing, 4,50-5 " "
Zink u. Blei, 3-3,10 " "
Eisen, Maschinenbruch 80-85 Pf. p. Kilo
Schmiede- und Ofenguß 45-50 Pf. p. Kilo
Strumpfwolle, 14 Mk. " "
Kaninchenf. trock. 23 " "
Ziegenfelle, bis 60 " Stck.
Außerdem kaufe ich zu den höchsten Tagespreisen: 3646
Sämtliche anderen Felle, Lumpen, Zeitungen, Bücher, Knochen, Weinflaschen usw.
Bestellungen werden abgeholt. Karte schreiben genügt.
Geschäftszeit von 8 bis 7 Uhr abends.

Karbid,
solange der alte Vorrat reicht, Pfund nur 3 Mk., jedes Quantum abzugeben.
Große Auswahl in Fahrrad- u. Tischlampen
Karbid-Wurmstich,
Merseburger Straße 162.

Fellsammler
finden besten Absatz bei
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2. 3430

Makulatur
verkauft
Verlag des Volksblattes.

Arbeiter und Beamte
find. reichl. Mittagstisch von 12—7 Uhr. 3653
Giebichenstein, Seebener Str. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200916-12/fragment/page=0008